

PROTOKOLL

GROSSER GEMEINDERAT

26. SITZUNG

Amtsduer 2014 – 2018
3. Amtsjahr 2016/2017

DATUM	Mittwoch, 14. Dezember 2016, 18.15 Uhr, Doppelsitzung
ORT	Stadthausaal, Effretikon

TEILNEHMER/INNEN

VORSITZ	Ratspräsident Roger Miauton, SVP
PROTOKOLL	Ratssekretär Marco Steiner
ANWESEND	36 Mitglieder des Grossen Gemeinderates: Annaheim Markus, SP Baracchi-Meier, Marianne, SVP Bruinink Arie, GP Büecheler André, SVP Eichenberger Stefan, JLIE Gavin David, SP Germann Hansjörg, FDP Gut Urs, GP (ab 18.50 Uhr) Hafen Stefan, SP Hari Daniel, EVP Hasler Andreas, GLP Hildebrand Thomas, FDP Hiltbrunner Christian, SVP (ab 18.25 Uhr) Huber Daniel, SVP Hürzeler Markus, CVP Jegen Claudio, JLIE Käppeli Michael, FDP Kempf Herbert, SVP Kindlimann Adrian, SP



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Fortsetzung

Kuhn Ueli, SVP
Miauton Roger, SVP
Morf Katharina, FDP
Müller Matthias, CVP (ab 18.50 Uhr)
Nufer Daniel, SP
Nuzzi Marco, FDP
Peier Silvana, SP
Piatti Raffaella, JLIE
Rohner Paul Martin, SVP
Rösli Brigitte, SP
Schmausser Erik, GLP
Truninger René, SVP
Vollenweider Peter, BDP
Vollenweider Thomas, BDP
Von Bassewitz, Heinrich, SVP
Wohlgensinger Peter, SVP
Zimmermann David, EVP

8 Mitglieder des Stadtrates:

Müller Ueli, SP, Stadtpräsident, Ressort Präsidiales
Klossner-Locher Erika, FDP, Ressort Schule, 1. Vizepräsidentin
Fürst Reinhard, SVP, Ressort Hochbau, 2. Vizepräsident
Ottiger Mathias, SVP, Ressort Gesundheit
Wespi Philipp, FDP, Ressort Finanzen
Weiss Urs, SVP, Ressort Tiefbau
Wüst Samuel, SP, Ressort Soziales
Wyss Salome, SP, Ressort Sicherheit
Wettstein Peter, Stadtschreiber

ENTSCHULDIGT

Mitglieder des Grossen Gemeinderates:

- Gemeinderat Matthias Müller, CVP,
hat infolge beruflicher Weiterbildung späteres Erscheinen in Aussicht gestellt
- Gemeinderat Urs Gut, GP,
hat infolge geschäftlicher Tätigkeit späteres Erscheinen in Aussicht gestellt.
- Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP,
erscheint unangekündigt zu spät

WEIBELDIENST

Ratsweibelin Nadine Fabregat



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

TRAKTANDEN

1. Mitteilungen
2. Geschäft-Nr. 105/16
Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2017 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes (IAFP) 2018/22
3. Geschäft-Nr. 031/15
Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling – Beantwortung
4. Geschäft-Nr. 097/16
Interpellation Urs Gut, GP, und Arie Bruinink, GP, betreffend Anpassung der Tarife Sportzentrum Effretikon – Beantwortung; Schlussbehandlung
5. Geschäft-Nr. 113/16
Interpellation Paul Rohner, SVP, betreffend „Kehrichtgebühren angemessen?“ – Begründung

ERÖFFNUNG DER SITZUNG

Ratspräsident Roger Miauton, SVP, eröffnet die 26. Sitzung des Grossen Gemeinderates Illnau-Effretikon der Amtsdauer 2014-2018, im dritten Amtsjahr 2016/2017. Wie publiziert und angekündigt, wird diese Sitzung als Doppelsitzung geführt. Sie wird in Anlehnung an Art. 16 Abs. 3 GeschO GGR an geeigneter Stelle durch eine kurze Pause unterbrochen.

Das Ratsbüro spendiert anlässlich der heutigen, wohl etwas länger dauernden Sitzung, Grittbänze für den kleinen Hunger zwischendurch.

FESTSTELLUNG DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Die Voraussetzungen für die ordnungsgemässe Durchführung der Sitzung des Parlamentes sind erfüllt. Die Einladung ist rechtzeitig und ordnungsgemäss erfolgt. Mindestens die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend, der Rat somit beschlussfähig (Art. 19 GeschO GGR).

Folgende Ratsmitglieder liessen sich für die heutige Teilnahme an der Sitzung des Rates entschuldigen:

- Gemeinderat Matthias Müller, CVP, hat infolge beruflicher Weiterbildung späteres Erscheinen in Aussicht gestellt (ca. gegen 19.30 Uhr).
- Gemeinderat Urs Gut, GP, hat infolge geschäftlicher Tätigkeit späteres Erscheinen in Aussicht gestellt.
- Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, unentschuldigt.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

ZÄHLUNG DER ANWESENDEN RATSMITGLIEDER

Der Ratspräsident lässt durch die Stimmenzählenden die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder feststellen.

Die Zählung ergibt 33 anwesende Mitglieder.

Abzüglich der Stimme des Präsidenten ergibt sich eine Zahl der stimmberechtigten Personen von 32. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 17 Stimmen.

ERLASS DER TRAKTANDENLISTE

Der Ratspräsident fragt den Rat an, ob er Änderungen zur Traktandenliste wünscht. Dies zeigt sich nicht an. Somit werden die Geschäfte in Art und Reihenfolge gemäss angesetzter Tagesliste behandelt.



PROTOKOLL

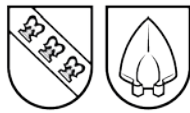
SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

1. MITTEILUNGEN

EINGANG NEUER GESCHÄFTE

Seit der letzten Sitzung sind folgende Geschäfte eingegangen:

Gesch.-Nr.	Titel	Status: Datum Eingang/ Frist Beantwortung/ Mahnung	Zuteilung Kommission Vorberatung
112/16	Anfrage Thomas Hildebrand, FDP, betreffend „Wie fördert die Stadt das lokale Gewerbe?“	E: 03.11.2016 F: 02.02.2017	–
113/16	Interpellation Paul Rohner, SVP, betreffend „Kehrichtgebühren angemessen?“	E: 24.11.2016	–
114/16	Anfrage Peter Wohlgensinger, SVP, betreffend schützenswerte Gebäude	E: 28.11.2016	–
115/16	Antrag an das Büro des Grossen Gemeinderates zur Änderung Artikel 106 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates	E: 05.12.2016	Büro GGR
116/16	Anfrage Michael Käppeli, FDP, betreffend lokales Busnetz	E: 06.12.2016 F: 05.03.2017	–
117/16	Anfrage Herbert Kempf, SVP, betreffend „Kämpft der Stadtrat gegen seine stadträtliche Vorlage?“	E: 09.12.2016 F: 08.03.2017	–



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

ANTWORTEN ZU PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Geschäft-Nr. 031/15

Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 24. November 2016 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 30. November 2016 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 3).

Geschäft-Nr. 087/16

Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend neue Wasser- und Abwassergebühren

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 8. Dezember 2016 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 9. Dezember 2016 kenntlich gemacht. Das Geschäft wird anlässlich einer späteren Sitzung traktandiert.

Geschäft-Nr. 097/16

Interpellation Urs Gut, GP, und Arie Bruinink, GP, betreffend Anpassung der Tarife Sportzentrum Effretikon

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 24. November 2016 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 30. November 2016 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 4).

Geschäft-Nr. 108/16

Postulat Raffaella Piatti, JLIE, und Mitunterzeichnende betreffend Überarbeitung Inventar schützenswerter Bauten - Denkmalschutz dort, wo's Sinn macht

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 8. Dezember 2016 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 9. Dezember 2016 kenntlich gemacht. Das Geschäft wird anlässlich einer späteren Sitzung traktandiert.

EINGANG VON ABSCHIEDEN DER VORBERATENDEN KOMMISSIONEN

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION RPK:

Geschäft-Nr. 105/16

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2017 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22

Der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vom 28. November 2016 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 30. November 2016 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 2).



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION GPK:

Keine Eingänge.

VERTRETUNG DES PRÄSIDIUMS NACH AUSSEN

- 2. Dezember 2016;
Teilnahme am Forum der KMU, Winterthur

WEITERE MITTEILUNGEN

BESTAND DES GREMIUMS / RÜCKTRITT VON GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER; SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, wurde durch Beschluss des Bezirksrates vom 11. November 2016 in stiller Wahl zu dessen Mitglied bestimmt. In der Folge ersuchte Gemeinderat Büecheler mit Schreiben vom 20. November 2016 um Entlassung aus dem Amt als Mitglied des Grossen Gemeinderates. Der Bezirksrat hat dem Ersuchen mit Beschluss vom 2. Dezember 2016 unter Verdankung der geleisteten Dienste stattgegeben. André Büecheler, SVP, tritt per 30. April 2016 aus dem Rat aus. Der Stadtrat wurde beauftragt, die Ersatzbezeichnung vorzunehmen, was derzeit noch pendent ist.

GRATULATIONEN

Der Ratspräsident gratuliert Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen, zur Geburt zu dessen Tochter Sophie Maria, die am 24. November 2016, das Licht der Welt erblickt hat.

Ebenso kam einen Tag später, am 25. November 2016, die Tochter Luana von Marco Nuzzi, FDP, zu Welt.

Namens des gesamten Rates wünscht der Präsident den jungen Familien alles Gute für die gemeinsame Zukunft.

Das Plenum spendet Applaus.

Roger Miauton hat sein Präsidialjahr bekanntlich unter das Motto Energie, bzw. „Eigrene“, wie er es nennt, gestellt. Miauton projiziert dazu eine Quiz-Frage in den Saal, die am Schluss der Sitzung aufgelöst wird. Die entsprechenden Folien mit Fragen und Antworten finden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

FRAKTIONS- ODER PERSÖNLICHE ERKLÄRUNGEN

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

2. Geschäft-Nr. 105/16

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2017 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 2016-151 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 6. Oktober 2016 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- - gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2017 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	110'951'400
	Ertrag	Fr.	111'330'000
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'485'000
	Einnahmen	Fr.	868'300
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0
	Einnahmen	Fr.	180'000
2. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 378'600.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

1 PLENARDEBATTE

1.1 GRUNDLEGENDES

Der Ratspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Voranschlages zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein solches Exemplar ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Voranschlages auf einer Sichtfolie im Sitzungssaal projiziert.

1.2 ZUM ABLAUF:

1	Vorwort Ratspräsident Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte Redezeit
2	Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Voranschlag im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
2.1	Referat des Finanzvorstandes	15'
2.2	Referat des RPK-Präsidenten	15'
2.3	Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten	5'
2.4	Voten Ratsmitglieder zum Eintreten	5'
3	Abstimmung über Eintreten	
4	Detailberatung Laufende Rechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
4.1	Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	2' – 3'
4.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den (Mehr- und Minderheits- Anträgen RPK	2' – 3'
4.3	Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.5	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
4.6	Allfällige weitere Anträge übriger Mitglieder GGR zu jenen Positionen, zu denen die RPK Anträge gestellt hat.	2' – 3'
	Ausnahme: Antrag RPK 208.3320.00 Zusätzliche Abschreibungen;	
	Behandlung erfolgt nach Behandlung Ablaufpunkt 6; Beratung Laufende Rechnung übriger Anträge	



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5	Detailberatung Investitionsrechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
5.1	Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	2' – 3'
5.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den (Mehr- und Minderheits- Anträgen RPK	2' – 3'
5.3	Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.5	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
5.6	Allfällige weitere Anträge übriger Mitglieder GGR zu jenen Positionen, zu denen die RPK Anträge gestellt hat	2' – 3'
6	Beratung der Laufenden Rechnung / mögliche übrige Anträge Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	
6.1	Mitglieder GGR	2' – 3'
6.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	2' – 3'
6.3	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
	Behandlung von RPK-Antrag zur Position 208.3320.00 Zusätzliche Abschreibungen	
7	Beratung der Investitionsrechnung durch das Plenum Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages	
7.1	Bei wenigen, vereinzelt Anträgen:	2' – 3'
7.2	Freies Wortbegehren	2' – 3'
7.3	Mitglieder GGR Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen Abstimmung zu den Anträgen	2' – 3'
8	Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 69/70	
9	Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 72 Die durch die RPK beantragten S-Kredite wurden bei Behandlung der Investitionsrechnung abgewickelt; es bedarf hierzu keiner weiteren separaten bzw. redundanten Abstimmungen. Allfällig beschlossene Änderungen werden im Teil der Verpflichtungskreditkontrolle redaktionell nachgeführt.	



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

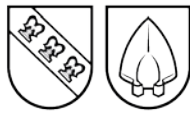
	An dieser Stelle sollen neue Anträge aus dem Plenum behandelt werden.	
9.1	Mitglieder GGR	2' – 3'
9.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	2' – 3'
9.3	Abstimmung zu den Anträgen	2' – 3'
10	Zwischenabstimmung zum Voranschlag Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
11	Diskussion zum Steuerfuss	
11.1	Antrag RPK-Mehrheit / Antrag RPK-Minderheit	2' – 3'
11.2	Weitere Mitglieder RPK	2' – 3'
11.3	Wortmeldungen Mitglieder GGR	2' – 3'
11.4	Stellungnahme Stadtrat	2' – 3'
12	Zwischenabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
13	Kenntnisnahme IAFP Allfällige Diskussion	
14	Zwischenabstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages	
15	Schlussabstimmung zu den Ziffern 1-6 des stadträtlichen Antrages inklusive aller vorgenommenen Änderungen	

Im Besonderen sei erwähnt, dass in die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Nach Eintretensbeschluss folgt die Detailberatung nachfolgend dargelegtem Prinzip:

Die Detailberatung der Laufenden Rechnung (und im Anschluss folgend gleich jene der Investitionsrechnung) beginnt mit der Behandlung der durch die Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge (Reihenfolge gemäss deren Abschied). Über die Kommissionsanträge wird hernach abgestimmt (Ablaufpunkte 4 und 5).

In einem weiteren Durchlauf können weitere Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die weitere Beratung der Laufenden und hernach der Investitionsrechnung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt (Ablaufpunkte 6 und 7).



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die Redezeiten. Das Ratsbüro hat im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und bittet, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 48	¹ Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. ² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt. ³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.	Gleichgeordnete Anträge
---------	---	-------------------------

Der Ratspräsident bittet um Kenntnisnahme, wonach diese Regelung mit Revision der Geschäftsordnung aufgrund des Nachvollzugs des übergeordneten Gesetzes über die politischen Rechte GPR neu in dieser Form angewendet werden muss.

Der Ratspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Ratskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

2 EINTRETENSDEBATTE

2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, gibt zu Händen des Kollegiums die wesentlichen Bestandteile und Fakten zum Voranschlag 2017 wieder.

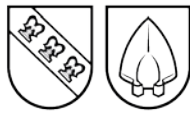
Für sein Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	V2017	V2016	ABW. ZU VA16
Ressourcenausgleich	18.2	19.0	-0.8
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+0.4	+0.4	-
Entn.(-) / Einl.(+) Vorfinanzierung	0	+1.0	-1.0
Abschreibungen ord. (ohne SF)	7.4	6.9	+0.5
Abschreibungen zus. (ohne SF)	0.4	0.7	-0.3
Investitionen VV (netto ohne SF)	14.1	7.7	+6.4
Cashflow = Selbstfinanzierung	8.2	8.5	-0.3
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	58%	110%	-52%

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch Mehreinnahmen (Steuern, Mietzins AZB) kompensiert werden.
- Wachstum der gebundenen Mehraufwände können noch mit wachsenden Einnahmen aufgefangen werden.
- Cashflow mit 8.2 Mio. innerhalb Zielband (7 – 10 Mio.).
- Investitionsreiches Jahr: Selbstfinanzierungsgrad < 100% (58%).
- SPARPAKET2017: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (auch IAFP)
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können.
- IAFP: Lü16 und USR III noch nicht eingeflossen



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel. Das nachfolgende Referat wird anhand einer visuellen Projektion untermauert; die Unterlage befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

A. VORANSCHLAG 2017 (FOLIE 1)

Mit dem Voranschlag 2017 und einem budgetierten Überschuss von Fr. 380'000.- sei nicht nur der Stadtrat, sondern auch die Rechnungsprüfungskommission insgesamt zufrieden. Mit dem dritten aufeinanderfolgenden Plus für das nächste Budgetjahr erfülle der Stadtrat die Forderung nach schwarzen Zahlen.

Sämtliche wichtige Informationen, wie es zu diesem Budgetplus gekommen ist, habe der Finanzvorstand in seinen Ausführungen bereits sehr verständlich hergeleitet. Dem sei von Seite des Kommissionspräsidenten her nichts beizufügen. Er zieht es vor, seinem Referat eine Analyse zum Zustand der städtischen Finanzen zu Grunde zu legen. Um sich dazu einen klaren Blick zu verschaffen, bedarf es eines konzentrierten Blickes auf die zentrale Finanzkennzahlen.

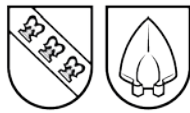
B. FINANZKENNZAHLEN UND FINANZPOLITISCHE STANDORTBESTIMMUNG (FOLIE 2FF.)

Die in den Saal projizierte Tabelle legt dar, wie sich verschiedene zentrale finanzielle Schlüsselkennzahlen über die letzten bald 15 Jahre entwickelt haben. Die veranschaulichten Zahlen anno 2002, 2006 und 2010 weisen auf die dannzumalige Situation des Finanzhaushaltes zu Beginn der jeweiligen Legislatur hin.

1. VERSCHULDUNG UND INVESTITIONSPOLITIK

Als Erstes sei die langfristige Entwicklung der Verschuldung in Erinnerung gerufen:

- Im Jahre 2002 sei Illnau-Effretikon mit 22 Millionen Franken verschuldet gewesen. Diese Schuldenlast erreichte 2014, also zu Beginn dieser Legislatur, einen Höchststand von 57 Millionen. Per Ende 2015 konnten diese langfristigen Schulden erfreulicherweise auf 52 Millionen reduziert werden. Jetzt möge sogar nochmals ein weiterer Schuldenabbau möglich werden, so dass die langfristigen Schulden per Anfang 2017 noch 45 Millionen betragen. Dies entspricht jenem Schuldenstand, wie er im auch auf Niveau im Jahre 2010 ausgewiesen wurde.
- Durch die stark gewachsene Verschuldung in den letzten bald 15 Jahren hat sich das Nettovermögen pro Einwohner/in von Fr. 2'053.- im Jahre 2002 zu einer Nettoverschuldung pro Einwohner/in von über Fr. 1'000.- im Jahr 2015 verwandelt. Im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Zürich sei dies eine überdurchschnittlich hohe Nettoverschuldung pro Kopf.
- Eine Verschuldung im Umfang von Fr. 45 Mio. per Anfang 2017 sei für die Stadt zur Zeit vor allem deshalb finanziell gut tragbar, da man gegenwärtig von historisch tiefen Schuldzinssätzen profitieren könne, die wohl in diesem Ausmass nicht zu erwarten waren. Würde heute noch eine ähnliche Zinssituation wie anno 2006 bestehen (als die Stimmberechtigten über die Erweiterung des Alterszentrums Bruggwiesen abgestimmt haben) oder 2011 (als sich das Stimmvolk zur Sportzentrumsvorlage an der Urne geäußert habe), dann läge die aktuelle Schuldzinsenlast nicht bei blossen rund Fr. 700'000.- und damit rund 2 Steuerprozenten, sondern läge um mehrere Steuerprocente markant höher. Oder anders ausgedrückt: Hätte die Stadt in den letzten Jahren an der Schuldzinsfront nicht eine glückliche Hand geführt, dann würde sich das heutige Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115 % nicht schwarz, sondern klar rot präsentieren.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

In Kenntnis der Verschuldungssituation und in Erwartung mittelfristig wieder steigender Schuldzinsen seien nun sämtliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier gefordert, sich zu überlegen, welches für die nächsten Jahre die beste, sprich nachhaltig tragfähige Investitionspolitik für die Stadt sei.

2. STEUERERTRÄGE UND STEUERFUSSPOLITIK

Die Suche nach einer nachhaltig tragfähigen Investitionspolitik und damit verbunden eine mutige Triage zwischen notwendigen und wünschbaren Investitionen sei jedoch nicht die einzige Herausforderung, welche die Stadt Jahr für Jahr zu meistern hätte. Ebenso gefordert werden die politischen Institutionen auch bei der Suche nach der besten Steuerfusspolitik sein. Der Rat gestattet dem Kommissionsreferenten in diesem Zusammenhang ein paar eindrückliche, den einen oder anderen möglicherweise überraschende Zahlen zur Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten bald 15 Jahren:

- Zwischen 2002 und 2015 seien die Steuereinnahmen von Illnau-Effretikon – notabene bei stabilem Steuerfuss, dafür bei einer leicht verbesserten Steuerkraft der Bevölkerung – von rund 31 Millionen um Fr. 7.5 Mio. auf Fr. 38.5 Mio. angewachsen. Dies entspreche einem Ertragswachstum von fast 25 %. Apropos: Die Ausgaben seien im gleichen Zeitraum mit Fr. 31 Mio. deutlich stärker gestiegen, nämlich von Fr. 78.5 Mio. Franken im Jahre 2002 auf Fr. 109.5 Mio. im Jahre 2015. Dies entspreche einem Ausgabenwachstum von 40 %. Also: 25 % steuerliches Ertragswachstum und 40 % Ausgabenwachstum in den letzten bald 15 Jahren.
- Zurück zu den Steuererträgen: Besonders markant und kontinuierlich gestiegen seien bei den ordentlichen Erträgen aus Steuern die Steuereinnahmen der juristischen Personen. Allein seit 2008, also seit dem Volksentscheid zur Unternehmenssteuerreform II, hätten sich die Steuereinnahmen von den in Illnau-Effretikon steuerpflichtigen Firmen – notabene entgegen aller damaligen Prognosen und Schreckensszenarien – gut und gerne verdoppelt. Und dies sei nicht nur in Illnau-Effretikon so, sondern auch in vielen anderen Gemeinden der Fall.
- Aber nicht nur die ordentlichen Steuereinnahmen von Privaten und Firmen hätten sich in den letzten Jahren deutlich erhöht, sondern auch die städtischen Erträge aus Grundstückgewinnsteuern. Hätten diese Einnahmen vor 10 Jahren noch bei rund Fr. 2.5 Mio. gelegen, so rechne der Stadtrat für dieses und nächstes Jahr mit Fr. 5 Mio.

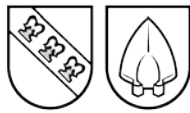
Niemand wisse mit Sicherheit, was die mittelfristige Zukunft auch angesichts der anstehenden Unternehmenssteuerreform III bringen werde. Gleichzeitig würden es die düsteren Finanzprognosen des Stadtrates schwierig gestalten, für das kommende Jahr 2017 einen allseits akzeptierten und getragenen Steuerfuss-Entscheid zu fällen.

3. FINANZAUSGLEICH SOWIE AUSGABENPOLITIK

Das letzte Thema des Käppeli'schen Vortrages wird der Thematik des Finanzausgleiches zu Teil:

- Seit der Ablösung des Steuerkraftausgleiches durch den Ressourcenausgleich im Jahre 2012 käme die Stadt Illnau-Effretikon in Genuss von massiv höheren Geldern aus dem kantonalen Finanzausgleich.
- Heute stamme jeder fünfte Franken, den wir ausgeben, von anderen, finanzstarken Gemeinden. Dieser Anteil sei hoch und mache die Stadt finanzpolitisch stark abhängig von anderen.

Diese starke Abhängigkeit von anderen, so denkt Kommissionspräsident Käppeli, sollte das Ratsplenum bei all seinen ausgabenpolitischen Entscheiden immer wieder vor Augen führen. Man könne sich nicht darauf verlassen, wonach die Stadt auch in Zukunft Jahr für Jahr rund 20 % der Ausgaben mit Geldern aus dem Finanzausgleich decken könne. Käppeli macht beliebt, sich gut zu überlegen, wie diese Abhängigkeit langfristig reduziert werden kann. Mit der zur Diskussion stehenden



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Revision der Ortsplanung und der damit einhergehenden Siedlungspolitik möge man hierfür wichtige Weichen stellen.

C. ABSCHLUSS

Die Anträge der Rechnungsprüfungskommission zum Voranschlag 2017 seien nun allseits bekannt. Die diesjährige Vielfalt der Anträge bringe nicht zuletzt die verschiedenen Haltungen zur Investitions-, Steuerfuss- und Ausgabenpolitik zutreffend zum Ausdruck.

Zwischenzeitlich teilt der Ratspräsident mit, wonach das Plenum nun in Vollzähligkeit anwesend sei; mittlerweile seien auch um 18.25 Uhr die Mitglieder Christian Hiltbrunner, SVP, und um 18.50 Uhr auch die Parlamentarier Matthias Müller, CVP, und Urs Gut, GP, dem Plenum hinzugestossen. Stimmberechtigt sind abzüglich des Präsidenten 35 Personen; die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 18.

2.2 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.2.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, ergänzt bzw. korrigiert den vorredenden Kommissionsreferenten, wonach in den Bereichen der Pflegefinanzierung und der Ergänzungsleistungen auch übergeordnete Gesetzgebungen auf den städtischen Finanzhaushalt einwirken und die Stadt hinsichtlich dieser Themen über keinen Handlungsspielraum verfügt.

Metaphorisch gesprochen sei die Zitrone ausgepresst; auch der Finanzvorstand habe sich jüngst unter Anführung dieses Gleichnisses dazu in den Medien vernehmen lassen.

Das durch den Stadtrat im Sommer 2014 geschnürte Sparpaket habe seine Wirkung nicht verfehlt; mit Vorlage des Budgets 2017 weise der städtische Haushalt nun einen Ertragsüberschuss aus.

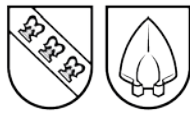
Die Leistungsüberprüfung sei hart er- und umkämpft worden; Kindlimann erinnert an namhafte Kürzungen wie sie beispielsweise mit den Saläranspassungen, den gekürzten Beiträgen an das städtische Kulturforum, den reduzierten Geldern für die Partnergemeinden, den plafonierten Beiträgen an die Entwicklungshilfeprojekte und Einschränkungen bzw. Abstrichen zu Lasten der Integrationsprogramme erfolgt sind.

Mit entsprechend vollzogenen Tarifierhöhungen bei den durch die Kindertagesstätten, dem Tagesfamilienverein und den Mittagstischen erhobenen Betreuungstaxen seien mitunter auch jungen Familien das Geld aus der Tasche gezogen worden. Auch die Erhöhung der Ansätze zur Teilnahme am Programm der Hauswirtschaftskurse oder Berufswahlschule beschlagen die Betroffenen zu ihrem Nachteil. Von der Anhebung der Eintrittspreise zum Sportzentrum Effretikon ganz zu schweigen.

Diese Rückschritte seien jungen ökologischen denkenden Familien nicht zu erklären; erst recht dann nicht, wenn die Stadt von Erhöhungen der Parkgebühren absehe.

Das Sparpaket erweise sich als höchst unsolidarisch, wenn es auch aus Sicht des Stadtrates seinen Zweck auf höchst zweifelhafte effektive Weise erzielt habe.

Hanebüchen zu taxieren sei im Weiteren, wonach aus gewissen bürgerlichen Kreisen Forderungen laut würden, wonach ein allfälliger Überschuss nicht zum Abbau von Rückzahlungen von Schulden,



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

sondern zur Senkung des Steuerfuss verwendet werden sollen. Da fehle es doch an Verstand, Verantwortungsgefühl und Weitsicht. Die SP-Fraktion unterstütze den stadträtlichen Voranschlag im Grundsatz. Im Übrigen setze sie sich für die Vornahme weiterer Abschreibungen ein.

2.2.2 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, möchte an dieser Stelle nicht schwarz malen, fühle sich aber verpflichtet, an dieser Stelle auf problematische Fakten, die sich in finanzieller Hinsicht am Horizont abzeichnen, aufmerksam zu machen.

Stichworte dazu liefert Gemeinderat Truninger mit der Erwähnung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III, der Leistungsüberprüfung 2016 der kantonalen Verwaltung und der Investitionen in die städtischen Infrastrukturbauten.

Gemeinderat Truninger wendet sich an Ratskollege David Gavin, SP, welcher die Vertreter in einer kürzlichen Äusserung als Parteisoldaten titulierte bzw. angeprangert habe. Offenbar habe Kollege Gavin keine grosse Ahnung von den Inhalten der kantonalen Leistungsüberprüfung; denn diese fusse auf einem Verfassungs- bzw. Gesetzesauftrag. Die kantonale Erfolgsrechnung des Kantons Zürich müsse über einen Zeitraum von 8 Jahren ausgeglichen sein, ansonsten die kantonale Schuldenbremse greife. Würde der Kantonsrat nun einzelne Massnahmen der Leistungsüberprüfung streichen, so wären subsidiär Ersatzmassnahmen an die Hand zu nehmen; solche hätten die Genossen der Sozialdemokratischen Partei kürzlich im Kantonsparlament geschlossen abgelehnt. So fungieren folglich auch Sozialdemokraten als Parteisoldaten.

Die Auswirkungen der kantonalen Leistungsüberprüfung werde die Stadt Illnau-Effretikon unweigerlich zu spüren bekommen – und auch jene der Unternehmenssteuerreform III, wozu zwar noch ein Entscheid der Stimmberechtigten ausstehe, sie aber von jenen sicherlich gutgeheissen werde, da die grossen Parteien bekanntlich allesamt dahinter stünden.

Zwischenruf von Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, der Sprechende möge sich zur Sache des Voranschlages 2016 äussern.

Gemeinderat Truninger zitiert die finanzpolitischen Zielsetzungen der hiesigen Ortsparteien, welche diese auch anlässlich der Wahlen stets zu portieren wussten. So äussere sich die FDP in einem Positionspapier weitgehend dahin, wonach „...*mittelfristig der Haushaltsausgleich ohne Erhöhungen des Steuerfusses oder Gebührenerhöhungen zu erreichen...*“ sei. „*Das Steuersubstrat soll erhöht werden, indem die Steuerbelastung für private Haushalte bei Einkommen und Vermögen gesenkt werden.*“

Bei andere liberale Parteien, die sich zwar für Pflanzen und „Tierli“ einzusetzen wissen, fände man dazu wenig Stichhaltiges. In einem Nebensatz erwähne die GLP, wonach sie mit Respekt gegenüber den Finanzen zu politisieren gedenke.

Das Stadtparlament möge in der nun folgenden Beratung Rückgrat zeigen, Entscheide mit Weitsicht fällen und den Gürtel enger schnallen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

3 ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Der Ratspräsident fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei. Der Ratspräsident stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit grossem Mehr eintritt.

4 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION LAUFENDE RECHNUNG

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der durch die Rechnungsprüfungskommission gestellten Kürzungsanträge vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Eine RPK-Minderheit beantragt in der Regel grossmehrheitlich folgende Änderungsanträge zur Laufenden Rechnung des Voranschlags 2017:

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

163 – ZENTRALER PERSONALDIENST

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied René Truninger, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranspassungen (inkl. Sozialleistungen)	100'000	60'000

Eine RPK-Minderheit beantragt, dass 2017 für Fördermassnahmen und Einmalzulagen bei ausgewählten Mitarbeitenden wie bereits im Vorjahr ein Betrag von Fr. 60'000.- zur Verfügung stehen soll.

Fr. 60'000.- entspricht ~ 0.4 % der Lohnsumme, was angesichts der Negativsteuerung für individuelle Lohnerhöhungen ausreichen soll. Zum Vergleich: Der Bund gewährt für 2017 keine generelle Lohnerhöhung und der Kanton Zürich sieht ebenfalls 0.4 % der Lohnsumme vor.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Andreas Hasler, GLP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen und damit für Saläranpassungen einen Pauschalbetrag von Fr. 100'000.- zu budgetieren. Fr. 75'000.- für individuelle Lohnerhöhungen (~ 0.5 % der Lohnsumme) plus Fr. 25'000.- für Einmalprämien wären beim dritten schwarzen Budget nacheinander ein positives Zeichen auch gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, unterstützt namens der angeschlossenen Fraktion den stadträtlichen Antrag, welcher auch durch von einer Kommissionsmehrheit gutgeheissen wird. Dafür würden drei Gründe sprechen. So seien die Mitarbeitenden zentraler Erfolgsfaktor für jede Unternehmung. Das seitens der Mitarbeitenden an den Tag gelegte Engagement, deren Motivation und Disziplin hätten die Grundlage dafür geboten, dass die Rechnungen in den vergangenen Jahren mit guten Resultaten geschlossen hätten. Wertschätzung könne eben nicht, wie gemeinhin behauptet, mit lediglich einem Handschlag bei Kaffee und Kuchen ausgedrückt werden; auch handfeste monetäre Zeichen der Anerkennung honorieren verdient gemachte Leistungen. Die Höhe des Lohnens nehme doch ihre berechnigte Stellung ein.

Die Stadtverwaltung möchte sich weiterhin als attraktive Arbeitgeberin mit adäquater Lohnstruktur präsentieren. Die Tiefe Fluktuationsrate sei Garant für Stabilität und sichere das vorhandene Wissen; zudem tragen motivierte Mitarbeitende dazu bei, Prozesse fortlaufend und effektiv zu verbessern.

Können sich Arbeitnehmende erst einmal lohnmassig nicht mehr entwickeln, so werden sie sich früher oder später anderweitig orientieren, was der Stadt und deren Finanzhaushalt nicht dienlich sei.

Das schweizerische Lohnniveau steige im nächsten Jahr zwischen 0.5 und 0.6 %. Im Speziellen weise der öffentliche Sektor im aktuellen Jahr ein Anstieg der Löhne um 0.7 % aus; die Stadt Illnau-Effretikon stelle sich folglich weit dahinter an.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Der Stadtpräsident begrüsst insbesondere das städtische Personal, welches sich vereinzelt auf der Tribüne eingefunden hat, um den Sitzungsverlauf zu verfolgen.

Der Stadtrat legt Wert auf anerkennende Wertschätzung und Zuwendung gegenüber des städtischen Personals, welches auch im sich zu Ende neigenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet habe, was zu gezielten Saläranpassungen berechnige.

Die Stadt Illnau-Effretikon möchte weiterhin als attraktive Arbeitgeberin auftreten und dies auch weiterhin tun können. Eine gute wertschätzende Betriebskultur könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn sich die Stadt die Dienste der besten Mitarbeitenden auf dem Markt zu sichern vermag.

Zudem hinke der Vergleich mit der Bundes- bzw. kantonalen Lohnpolitik; Gewinne aus Personalrotationen gehen dort zu Gunsten des Personaleinsatzs, was finanzielle Grundlagen für individuelle Lohnerhöhungen schafft, während sie bei der Stadt Illnau-Effretikon der allgemeinen Rechnung gut geschrieben würden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Zur von der durch die Kommissionsminderheit ins Argumentationsfeld geführten zusätzlichen fünften Ferienwoche führt Stadtpräsident Ueli Müller aus, wonach lediglich deren zwei reine Tage verbleiben; da die anderen drei Tage durch Brückentage bzw. Personalausflug dahin fielen und nun den Ferienanspruchsaldi zugeschlagen wurden; sie folglich darin untergegangen sind.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

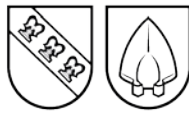
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates und der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen)	100'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Peter Wohlgensinger, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
185.3640.00	Partnerschaften Inland	55'000	25'000

Für eine RPK-Minderheit ist es jetzt, nach dem Zusammenschluss von vier Gemeinden zu einer politischen Gemeinde Calanca (ehemals Arvigo-Landarenca), der passende Zeitpunkt, die Zahlungen an diese Partnergemeinde von Illnau-Effretikon zu reduzieren. Sie beantragt deshalb für 2017 ein reduziertes Budget von Fr. 25'000.-.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Stefan Hafen, SP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadrätlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. nachfolgender Änderungsantrag).

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, führt aus, wonach bereits das Sparpaket Kürzungen bei besagter Position mit sich brachte. Die Kommissionsminderheit mache beliebt, den verbleibenden Betrag nochmals um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Die bereits seit 45 Jahren bestehende Partnerschaft habe sich bewährt; selbstverständlich seien die finanziellen Lasten ungleich verteilt. Die Stadt Illnau-Effretikon fungiere in erster Linie als Geldgeberin, erhalte dazu aber Möglichkeiten zur Horizonterweiterung und Wertschätzung aus jener Gegend zurück. Für die Gemeinde Calanca sei der willkommene Zustupf aus Illnau-Effretikon von substanzieller Bedeutung, leiste diese Zahlung doch einen wertvollen Beitrag beispielsweise zu Gunsten der Sanierungsarbeiten der Alp Stapveder. Während der Betrag für die Stadt Illnau-Effretikon von vertretbarer Grösse sei, vermöge er bei der Gemeinde Calanca ein Vielfaches zu bewirken; jene Gemeinde sei nämlich nach dem Zusammenschluss vierer bereits zuvor armen Gemeinden finanziell nicht plötzlich besser gestellt. Der Fusionsvorgang bringe wenig bzw. keine Einsparungen. Der Stadtpräsident ersucht, die fragliche Budgetposition im Voranschlag nicht zu kürzen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates und der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
185.3640.00	Partnerschaften Inland	55'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Andreas Hasler, GLP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
185.3670.00	Entwicklungsprojekte	55'000	70'000

Eine RPK-Minderheit beantragt, sich mit demselben Betrag wie die Kirche an den Entwicklungsprojekten zugunsten der wirklich armen Weltregionen zu beteiligen.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. vorheriger Änderungsantrag).

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

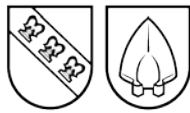
Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, macht auf die Not in der Welt aufmerksam. Die Urheber des Mehrheitsantrages vertreten auch sonst gemeinhin die Position, wonach sich auf der Flucht befindenden Personen dort bleiben vermögen, wo sie seien, um die anfallenden Asylkosten zu sparen. Die Schweiz entfalte in diesem Kontext die Wirkung eines Magnetes, da sie den Ruf genießt, reich und wohlhabend zu sein. Das Kreuz im Schweizer Wappen vertrete christliche Werte; es entspreche einer langen helvetischen Tradition in der Historie, armen Leuten mit Barmherzigkeit entgegenzutreten. Auch die Schweiz sei einst von Armut geprägt gewesen; dies habe man aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen und vergessen. Es käme einer glücklichen Fügung des Schicksals gleich, dass man von den Wirren des zweiten Weltkrieges damals verschont geblieben sei.

4.2.1 GEMEINDERAT DANIEL HARI, EVP

Gemeinderat Daniel Hari, EVP, meint, wonach es ungerechtfertigt sei, für die inländische Unterstützung einen höheren Geldbetrag vorzusehen als für das Ausland. Schliesslich sei das Gebiet des Auslandes ja von beträchtlich ausgeprägteren Dimensionen.

Gelächter im Ratssaal.

Angesichts des Unheils in der Welt sei die Schweiz ein Ort, wo es den Menschen gut erginge; man möge deshalb jene, mit denen es das Schicksal nicht so gut meine, in die Barmherzigkeit einschliessen und sie am Solidaritätsgedanken teilhaben lassen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.2.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, wird der Erhöhung dieser Position an dieser Stelle nicht zustimmen. Allerdings macht aber beliebt bei der Position der Entschädigung des Grossen Gemeinderates, Konto-Nr. 100.3000.00 den eingestellten Betrag zu kürzen, damit der freiwerdende Betrag in Form einer Spende der Entwicklungshilfe zugeschlagen werden könne.

Der eben gestellten Antrag ist als unzulässig zu erklären; den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates steht nach den Bestimmungen der städtischen Verordnung über die Entschädigung der Behörden ein Entgelt für deren parlamentarische Tätigkeit zu, dessen Ausrichtung nicht über einen Änderungsantrag anlässlich der Debatte zum Voranschlag ausgesetzt oder angepasst werden kann. Es steht den Mitgliedern des Plenums im Rahmen ihrer persönlichen Verfügungsgewalt selbstverständlich frei, inwiefern sie die ausgerichtete Entschädigung einzusetzen gedenken.

4.2.3 GEMEINDERAT CHRISTIAN HILTBRUNNER, SVP

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, dankt für die noblen und ehrenvollen Voten. Es gelte bei aller Solidaritätsgedanken aber auch zu bedenken, dass die Pflege karikativ wirkender Auslandsbeziehungen Sache des Bundes sei und solche durch ihn bzw. des DEZA, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit zu unterhalten und zu koordinieren seien; verfüge die zuständige Direktion doch auch über einen Betrag von Fr. 2.2 Mia. aus dem Bundeshaushalt. Die Gemeinden hätten seitens des Bundes genügend andere Aufgaben zur Wahrnehmung delegiert erhalten, wo sie sich mit ihren eigenen finanziellen Mitteln mit grossen Herausforderungen konfrontiert sehen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

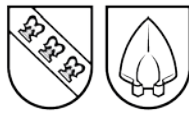
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates bzw. der Kommissionsmehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
185.3670.00	Entwicklungsprojekte	55'000	20:14



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

400 – ABTEILUNG HOCHBAU

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Christian Hiltbrunner, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
400.3181.20	Energieplanung	20'000	10'000

Die Rezertifizierung der Stadt Illnau-Effretikon als Energiestadt sei innerhalb der RPK unbestritten. Ebenfalls einig sei sich die RPK, dass diese Rezertifizierung mit dem Energiestadt-Label mit den bestehenden Kompetenzen und Ressourcen in der Stadtverwaltung vorbereitet und keine zusätzlichen externen Beratungskosten auslösen soll (für die Energieberatung sind bereits wie in den Vorjahren im Konto 400.3181.30 Fr. 50'000.- budgetiert).

Eine RPK-Minderheit beantragt nun lediglich Fr. 10'000.- zu budgetieren, da gemäss Website von energiestadt.ch eine Rezertifizierung zwischen Fr. 8'000.- bis Fr. 12'000.- kosten soll.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Andreas Hasler, GLP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetbetrag so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Der Stadtrat rechnet mit Kosten von Fr. 12'000.- bis Fr. 16'000.- für die Rezertifizierung.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine bedeutsamen Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht um Aufrechterhaltung der vorgesehenen Budgetposition, da die Stadt Illnau-Effretikon bestrebt sei, auch weiterhin als Energiestadt aufzutreten.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, bringt im Sinne eines Kompromisses einen dritten Antrag ein, wonach die Budgetposition auf Fr. 15'000.- festzulegen sei.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.5 BEREINIGUNGS- UND ABSTIMMUNGSVERFAHREN

Der Ratspräsident mehrte in der Folge – und gestützt auf Art. 48 GeschO GGR – die nun bestehenden Anträge über Höhe der einzusetzenden Budgetpositionen von Fr. 10'000.- (RPK-Minderheit), Fr. 15'000.- (Antrag Vollenweider) und Fr. 20'000.- (Antrag Stadtrat) gegeneinander aus.

Der Antrag Vollenweider vermag keine offensichtliche Mehrheit auf sich zu vereinen und fällt daher im weiteren Verlauf ausser Betracht.

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates bzw. der Kommissionsmehrheit –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
400.3181.20	Energieplanung	20'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	175'000	195'000

Die RPK beantragt einstimmig, dass für den baulichen Unterhalt des AZB ein Betrag von Fr. 195'000.- budgetiert werden soll. Dieser Betrag entspricht 0.5 % des Gebäudewerts (zum Vergleich: Im Vorjahr wurde für das erst gerade erweiterte und komplett erneuerte AZB mit 0.3 % des Gebäudewerts gerechnet).

HINWEIS:

Im Rahmen der Vorberatungen schlug der Stadtrat der RPK auf entsprechende Nachfrage vor, den Budgetposten auf Fr. 275'000.- zu erhöhen. Dieser Betrag entspräche 0.7 % des Gebäudewerts.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat Andy Büecheler, SVP, kritisiert das Vorgehen der Rechnungsprüfungskommission, wonach sie – in Anwendung eines sehr operativ geprägten Gebarens – nun Anträge zu Sachverhalten stelle, die sich seit dem Zeitpunkt durch Budgetverabschiedung seitens des Stadtrates bis zur Budgetberatung im Legislativplenum ergeben bzw. verändert haben. Die korrigierenden Eingriffe der Rechnungsprüfungskommission seien systemwidrig und stünden einer funktionierenden Parlamentsgemeinde nicht an.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, legt dar, wie der Antrag der Rechnungsprüfungskommission zu Stande gekommen sei und betont wiederholt die Wichtigkeit der Durchführung von Unterhaltsarbeiten. Dabei kommt zum Ausdruck, wonach das Plenum allenfalls die Bedeutsamkeit der Werterhaltung der städtischen Liegenschaften erkenne und der Stadtrat ohnehin, ungeachtet dessen, was das Parlament letztendlich beschliesse, seine Strategie weiterverfolge.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, kann den kritischen Votengehalt des Stadtrates nicht einordnen; die Rechnungsprüfungskommission stelle ja letztlich einen einstimmigen Antrag zur Erhöhung des Budgetetats. Damit trage das Parlament seiner strategischen Verantwortung gegenüber der Liegenschaft gebührend Rechnung.

Stadtrat FÜRST versucht, buchhalterisch abzuleiten, wonach die Erhöhung des Budgetetats zu wenig gross dimensioniert sei und im eigentlichen Sinne noch höher auszufallen hätte.

Unruhe im Plenarambiente.

Den spürbaren Groll des Plenums – *zufolge Unruhe und Zwischengemurmel in den Reihen des Parlamentes deutlich wahrnehmbar* – zieht Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, auf sich, als dieser in offensichtlicher Verkennung der Situation beginnt, den Kommissionantrag zu noch zusätzlich zu torpedieren.

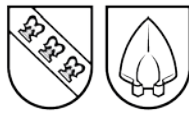
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	195'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Markus Hürzeler, CVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.3156.00	Unterhalt von Maschinen und Geräten (Liegenschaften Verwaltungsvermögen)	62'000	45'000

Eine RPK-Minderheit beantragt einen Budgetbetrag von Fr. 45'000.-. Dieser Betrag würde gemäss Auskunft des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage hin dem 5-Jahres-Durchschnitt entsprechen.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent Gemeinderat Peter Wohlgensinger, SVP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen, damit der Unterhalt der Maschinen und Geräte nicht vernachlässigt wird.

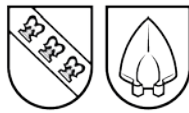
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, unterstützt namens der angeschlossenen Fraktion den Mehrheitsantrag und verurteilt die über die gesamte Debatte verstreuten Anträge der Kommissionsminderheiten, da sich diese, auf das Gesamtbudget betrachtet, letztlich als nicht zielführend erweisen, auch wenn sie allenfalls zumindest teilweise auch ihre Berechtigung geniessen. Der Grosse Gemeinderat verkomme dabei aber dazu, sich in Einzelheiten einzubringen bzw. einzumischen, wo seine Haltung gar nicht gefragt sei. Brigitte Röösl spricht dem Stadtrat das Vertrauen aus, denn er wisse, wie er Gelder zur Erfüllung von Aufgaben einzusetzen habe. Es sei beschämend festzustellen, wonach das Stadtparlament die Verwaltung mit seinen Entscheiden dahingehend einschränke, gute Dienstleistungen zu Gunsten der Öffentlichkeit zu erbringen.

4.2.2 GEMEINDERAT THOMAS HILDEBRAND, FDP

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, unterstützt den Antrag der Kommissionsminderheit und tut kund, dass er die Basis des „Fünfjahres-Durchschnittes“ als angemessen betrachte.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, betont die zu Grunde liegende Bedeutsamkeit des Budgetpostens, welcher der Stadtrat mit Fr. 62'000.- vorsehe. Er ersucht das Plenum, den Minderheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission abzulehnen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, ortet eine Diskrepanz in der Argumentationskette des Stadtrates. Wenn dieser auf Nachfrage der Rechnungsprüfungskommission Durchschnittskosten von Fr. 45'000.- prognostiziere, so gäbe es keinen Grund, im Voranschlag höhere Aufwendungen einzustellen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehr-/Minderheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
420.3156.00	Unterhalt von Maschinen und Geräten (Liegenschaften Verwaltungsvermögen)	62'000	20:15



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.4270.70	Mietzins AZB	2'600'000	2'754'000
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	19'000	0
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	- 412'000	- 434'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt einstimmig, die Budgetpositionen integral so anzupassen, damit sie nun der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation „AZB-Eignerstrategie“ (vgl. GGR-Geschäft-Nr. 081/16; Interpellation Michael Käppeli, FDP; Andreas Hasler, GLP; und Brigitte Röösl, SP, betreffend AZB-Eignerstrategie) entsprechen. Die beantragten Beträge für eine vollkostendeckende Miete stimmen 1:1 mit der Rückmeldung des Stadtrats auf die entsprechende RPK-Frage überein.

Zur Kritik von Gemeinderat Büecheler hält Kommissionspräsident Käppeli fest, wonach bei während der Beratungsphase substanziell eintretenden Veränderungen gegenüber der beantragten Version die Kommission sehr wohl dazu autorisiert sein, in ihren Anträgen die korrekte Abbildung im Voranschlag anzuregen. Mindestens gehe das Verfahren auf Bundes- und Kantonebene in dieser Weise von statten.

HINWEIS:

Im Konto 420.4270.70 sind gemäss neuem Budgetantrag die Auswärtigenzuschläge in der Höhe von Fr. 200'000.- dazugerechnet. Dies ist aus RPK-Sicht nicht sachgerecht und sorgt für Intransparenz. Die RPK stösst sich grossmehrheitlich daran, will die Sache aber nicht innerhalb der Budgetberatung, sondern erneut in einer separaten AZB-Debatte diskutieren.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine bedeutsame Wortmeldung seitens des zuständigen Stadtrates Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

Die Abstimmung erfolgt aufgrund der zu Grunde liegenden Abhängigkeiten in globo.

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND; ANTRAG RPK	RESULTAT
420.4270.70	Mietzins AZB	2'754'000	Grossmehrheitliche Unterstützung
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	0	
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	- 434'000	



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 600 SOZIALES

628 – FÜRSORGEWESEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied René Truninger, SVP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	5'000	10'000

Eine RPK-Mehrheit beantragt eine Verdoppelung des Betrages. Derzeit, so die Antwort des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage, hat die Stadt die Möglichkeit, zwei bis drei Fälle pro Jahr zu beobachten. Durch das überwiesene Postulat „Spielraum in der Sozialhilfe nutzen“ (GGR-Geschäft-Nr. 098/16; Postulat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Spielraum in der Sozialhilfe nutzen) soll ein Schwerpunkt des Stadtrates bei der Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs liegen. Mit einer Verdoppelung des Betrages könnten neu rund vier bis sechs Fälle pro Jahr überprüft werden.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Referent: Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP

Eine RPK-Minderheit empfiehlt dem Budgetantrag des Stadtrates zu folgen, da notwendige Untersuchungen ohnehin durchgeführt würden.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Für *Gemeinderat Andreas Hasler, GLP*, mutet die Begründung der Kommissionmehrheit fragwürdig an. Er spielt damit auf die sich ihm nicht erschliessende Logik an, wonach die Postulatsüberweisung Basis für eine gestiegene Zahl an Sozialhilfemissbrauchsfällen biete.

Gelächter im Saal.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Samuel Wüst, SP, Ressort Soziales, gibt bekannt, wonach der Stadtrat bzw. die dafür kompetente Fürsorgebehörde selbstverständlich auch Fr. 10'000.- im entsprechenden Budgetposten akzeptieren; allerdings werde die Fürsorgebehörde ohnehin nur dann Geld für Überprüfungen ausgeben, wenn sie die Umstände dafür als gegeben betrachtet – unerheblich des zur Verfügung stehenden Etats.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	10'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 800 SICHERHEIT

814 – STRASSENVERKEHR

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Peter Wohlgensinger, SVP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	45'000	0

Eine RPK-Mehrheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens, da für die Parkplätze beim Sportzentrum Effretikon keine Parkuhren angeschafft werden sollen.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Sprecher: Gemeinderat Markus Hürzeler, CVP

Eine RPK-Minderheit empfiehlt den Budgetposten so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Eine separate Kreditvorlage zu diesem Geschäft ist pendent; sie befindet sich derzeit in Vorberatung bei der Geschäftsprüfungskommission (GGR-Geschäft-Nr. 102/16; Antrag des Stadtrates betreffend Implementierung einer Parkraumbewirtschaftung an der Sportplatzstrasse).

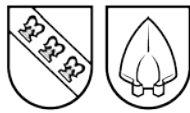
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, appelliert, die parlamentarischen Prozesse und Institutionen zu wahren. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission missbillige mit dem vorstehenden Kürzungsantrag die Arbeit ihrer Schwester-Kommission und möchte hier in politischer Unsitte einen Vorentscheid herbeiwirken bzw. gerade zu erzwingen. Das könne nicht angehen, weshalb Gemeinderat Hasler empfiehlt, den Antrag nicht zu unterstützen.

4.2.2 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN; SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, sekundiert dem Inhalt nach, was Vorredner, Ratskollege Hasler, bereits dargetan hat. Der Mehrheitsantrag sei als Affront und Anmassung zu taxieren. Es sei das Ergebnis der detaillierten Vorprüfung durch die Geschäftsprüfungskommission abzuwarten; hernach werde das Parlament dazu anlässlich der normalen und gängigen Geschäftsberatung dazu Beschluss fassen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.2.3 GEMEINDERAT HANSJÖRG GERMANN, FDP

Gemeinderat Hansjörg Germann, FDP, meint, wonach sich – unabhängig des Entscheides, ob man nun Parkgebühren implementieren wolle oder nicht – etwelche Bezahlungsvorgänge auch in anderer Art und Weise bewerkstelligen liessen. Daher könne auf die Anschaffungskosten ohnehin verzichtet werden.

4.2.4 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, erachtet die nun entstehende Diskussion und auch etwelche Beschlussfassungen im Rahmen dieser Budgetdebatte zur Gänze als irrelevant, da die Thematik im Rahmen des ordentlichen parlamentarischen Beratungsganges zum eingangs erwähnten Sachantrages des Stadtrates ohnehin erneut zur Sprache kommen werde.

4.2.5 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, schliesst sich in seinem Votum inhaltlich seinen Vorrednern an und ersucht das Plenum, die parlamentarische Beratung bzw. Debatte zum separaten Antrag des Stadtrates, GGR-Geschäft-Nr. 102/16; Antrag des Stadtrates betreffend Implementierung einer Parkraumbewirtschaftung an der Sportplatzstrasse, abzuwarten und derweil den Budgetposten aufrechtzuerhalten.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Auch *Stadträtin Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit*, verweist auf den separat vorliegenden Antrag des Stadtrates. Mitunter sei es gefährlich, das Mittel des Voranschlages auch in anderen Belangen dafür zu missbrauchen, etwelche politische Auseinandersetzungen ohne detaillierte Kenntnisse zur Sachlage vorab zu unterbinden, indem man in einem Vorentscheid bereits finanzielle Mittel entzieht. Man möge sich solcher Anfänge wehren.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	0	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND UND SPORT

950 – SCHWIMMBAD UND KUNSTEISBAHN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Der Sprechende der Kommissionminderheit zieht den nachfolgenden Antrag nach Rücksprachen und dabei gewonnenen Erkenntnissen zurück.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
950.3140.20	Unterhalt Fussballplätze	58'000	40'000

Weitere Diskussionen oder Abstimmungsvorgänge werden dazu in der Folge obsolet.

Der Ratspräsident macht beliebt, die Sitzung an dieser Stelle durch eine Pause zu unterbrechen, was auch im Sinne der in der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgehaltenen Bestimmung zur Durchführung von Doppelsitzungen empfohlen ist. Eine Abstimmung entfällt.

Die Verhandlungen werden um 20:25 Uhr für 10 Minuten (bis 20:35 Uhr) ausgesetzt.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5. DETAILBERATUNG INVESTITIONSRECHNUNG

Die RPK unterbreitet dem Parlament aus ihrem Kreise verschiedene Änderungsanträge zur Investitionsrechnung (inkl. Verpflichtungskreditkontrolle) des Voranschlages 2017. In der Begründung wird dabei jeweils vermerkt, ob es sich um einen Mehrheits- oder Minderheitsantrag bzw. um einen einstimmigen RPK-Antrag handelt.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

5.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Christian Hiltbrunner, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbauten	100'000	0

Gemäss Auskunft des Stadtrates können 2017 unter diesem Budgetposten folgende Projekte Investitionsausgaben auslösen: Umnutzung/Neuvermietung Ladenlokal, Anpassungen Arbeitsplätze aufgrund Verwaltungsreorganisation 2018.

Eine RPK-Minderheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens. Es soll nicht jährlich ein Betrag von Fr. 100'000.- bis Fr. 150'000.- für Büroumbauten im Stadthaus budgetiert werden. Büroumbauten im Jahre 2017 aufgrund der Verwaltungsreorganisation 2018 werden als verfrüht erachtet.

5.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Stefan Hafen, SP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetposten für allfällig notwendige Investitionsausgaben zur Umnutzung/Neuvermietung des Ladenlokals zu belassen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, gibt zu bedenken, dass den Positionen, die Aufnahme in der Investitionsrechnung finden, eine gewisse Systematik zu Grunde liegt, wonach sie über eine gewisse Zeit zu einem bestimmten Prozentsatz abgeschrieben würden. Im gegenteiligen Fall wären solche Vorhaben über die Laufende Rechnung abzuwickeln.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Im konkreten Fall bestünde die latente Gefahr, dass Umbauten in der Investitionsrechnung abgebildet würden, die während der Dauer ihrer Wertigkeit bereits wieder bauliche Änderungen erfahren. In der Folge macht Gemeinderat Büecheler beliebt, den Posten aus der Investitionsrechnung zu streichen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht um Aufrechterhaltung der vorgesehenen Budgetposition.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbauten	100'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP, zieht in Kenntnis der nachfolgend dargelegten rechtlichen Situation den zunächst unterbreiteten Antrag der Rechnungsprüfungskommission zurück:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.24	Stadthaus, Lüftungserneuerung Saal	150'000	S-Kredit

Gemäss der geltenden Gemeindeordnung und der Weisung für Ausgaben und Kredite liegt das Auslösen budgetierter, einmaliger von < Fr. 200'000.- in der Finanz-/Ausgabenkompetenz des Stadtrates.

Daraus ergibt sich:

- Das Parlament ist nicht befugt, dieses Investitionsvorhaben über Fr. 150'000.- mit einem Sperrvermerk (S-Kredit) zu belegen. Wird die Lüftungserneuerung im Stadthaus-Saal in die Investitionsrechnung des Voranschlags 2017 aufgenommen, ermächtigt das Parlament den Stadtrat zur Ausgabe der entsprechenden Geldmittel.
- Möglich ist bei diesem Investitionsvorhaben entweder Annahme des stadträtlichen Antrages (150'000.-) oder ein Antrag auf Streichung (0.-).

Weitere Diskussionen oder Abstimmungsvorgänge werden dazu in der Folge obsolet.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5060.10	Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik	50'000	S-Kredit

Das Vorhaben (im IAFP 2018 – 2022 sind dafür insgesamt Fr. 250'000.- eingestellt) wurde vom Parlament im Voranschlag 2016 gestrichen. Es handelt sich aus RPK-Sicht nicht um eine gebundene Ausgabe. Aus diesem Grunde erwartet die RPK, dass der Stadtrat dem Parlament einen separaten Verpflichtungskredit-Antrag vorlegt. Deshalb beantragt die RPK einstimmig einen Sperrvermerk (S-Kredit). Dies hat zur Folge, dass der Stadtrat erst dann zum Eingehen finanzieller Verpflichtungen für einen allfälligen Ersatz der Stadthaus-Gebäudesteuerung ermächtigt ist, wenn das Parlament die dazu notwendige Ermächtigung mittels Spezialbeschluss erteilt hat.

TECHNISCHER HINWEIS:

Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, bei dieser Position einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 73 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, habe in Vertretung eines anderen Kommissionsmitgliedes ihrer Fraktion seinerzeit zum einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission beigetragen; sie habe aufgrund der gefallen Voten entschieden, ihr Stimmverhalten zu ändern.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht das Plenum, dem Stadtrat Vertrauen auszusprechen und die fragliche Position nicht mit einem Sperrvermerk zu belegen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.5060.10	Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik	S-Kredit	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	75'000	0

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 ist gemäss Auskunft des Stadtrates nichts geplant.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, führt aus, wonach zunächst vorgesehene Reparaturen an den Toren des Unterhaltsgebäudes anderweitig behoben werden konnten und der einstweilen vorgesehene Budgetposten daher freigegeben werden kann.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	0	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

423 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN SCHULE

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionsreferent Andreas Hasler, GLP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
423.5030.42	Gesamtrenovation Schulhaus Watt (Planung)	900'000	S-Kredit

Es ist in der RPK völlig unbestritten, dass die Gesamtsanierung des Schulhauses Watt die nächste grosse zu bewilligende Investition sein muss. Gleichzeitig ist die RPK grossmehrheitlich der Ansicht, dass eine Investition in der Grössenordnung von Fr. 19 Millionen möglichst früh öffentlich diskutiert und damit breit abgestützt werden soll. Damit kann auch die Gefahr von Verzögerungen im späteren Projektverlauf und bei der Realisierung minimiert werden. Deshalb soll von Beginn an – also mit dem jetzt vom Stadtrat beantragten Projektierungskredit (im IAFP sind für diese Planung Fr. 1.4 Millionen und später dann für den Bau weitere Fr. 17.6 Millionen eingestellt) – das Parlament abgeholt und einbezogen werden. Die inhaltliche Diskussion soll nicht im Rahmen der Budgetdebatte, sondern im Rahmen einer separaten Verpflichtungskredit-Vorlage des Stadtrates ans Parlament geführt werden.

TECHNISCHER HINWEIS:

Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, beim Projektierungskredit einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 73 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERÄTIN KATHARINA MORF, FDP

Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, führt aus, wonach sich die gesetzlichen Auflagen seit dem Bau der Schulanlage Watt massiv verschärft hätten. Die Erfüllung der aktuellen Auflagen hinsichtlich Brandschutz und Behindertengleichstellungsgesetz lassen keinen Aufschub oder zeitlichen Handlungsspielraum mehr zu. Die Haustechnik entspreche nicht mehr den heutigen Standards; deren Betriebstauglichkeit kann nur mit unverhältnismässigem Aufwand seitens der Hauswartungen noch aufrechterhalten werden.

Einer gut funktionierenden Schule seien die notwendigen betrieblichen Grundlagen zur Verfügung zu stellen; die Einrichtungen haben dabei verschiedenste Anforderungen zu erfüllen.

Gemeinderätin Morf betont, wonach es sich beim fraglichen Projekt um eine Sanierung und nicht etwa um einen Neubau handle.

Da der schulische Betrieb nicht ohne Weiteres ausgesetzt werden könne, bedarf es einer stringenten Planung, die keinerlei Verzögerungen verkraftet; ein anlässlich der heutigen Debatte verhängter Sperrvermerk könne bereits eine erste Hürde darstellen und sei deshalb um jeden Preis zu verhindern.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Die FDP/JLIE-Fraktion lehne den Kommissionsantrag in der Folge grossmehrheitlich ab.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Schule, knüpft an das Votum ihrer Vorrednerin an. Im Weiteren führt sie aus, wonach die Schulanlage Watt lediglich ein Projekt zur Sanierung im Sinne der Instandstellung und Werterhaltung städtischer Liegenschaften umschliesse. Mitnichten sei vorgesehen, neue Bestandteile zu planen. Die gesetzlichen Vorschriften diktieren Umfang und Gehalt der dringlich umzusetzenden Sanierungsarbeiten.

Die eingesetzte Projektgruppe kam zum Schluss, dass das erforderliche Raumprogramm in den heutigen Strukturen umgesetzt werden kann, ohne dass etwelche Zusatzbauten oder dergleichen erstellt werden müssten. Demnach gehe man zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass das Projekt seiner Sache nach zu über 90 % im Rahmen gebundener Ausgaben abgewickelt und vollzogen werden kann. Im Speziellen sei die zeitliche Dringlichkeit nicht von der Hand zu weisen.

Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs muss auf eine andere Schulanlage ausgewichen werden können, welche während der Sanierungsphase genügend Unterrichtsräume bereitzustellen vermag; mitunter sah sich der Stadtrat in der Folge deshalb auch gezwungen, seine zeitliche Planung seit dem Jahr 2010 anders zu staffeln und hatte deshalb den Neubau bei der Schulanlage Hagen, Illnau, vorgezogen. Die steigenden Schülerzahlen geben zudem den Takt zur Projektrealisierung vor.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liesse der Stand der Arbeiten noch keine abschliessende Beurteilung der Kostenfolgen und deren Kategorisierung nach gebundenen und neuen Ausgaben zu; Schadstoffuntersuchungen und weiter Einzel- und Detailabklärungen seien nach wie vor im Gang.

Erika Klossner-Locher kann das Anliegen nach Transparenz nachvollziehen und wird die mit dem Projekt verbundenen Prozesse selbstverständlich darlegen; allerdings gelte es auch, zu akzeptieren, wonach keinerlei Spielraum zur Sache bestünde.

Wenn der Grosse Gemeinderat suggestiere, eine etwelche Vorlage aufgrund derer ausgewiesenen Berechtigung ohnehin nicht abzulehnen, mute auch dieser Vorgang bei allem guten Willen dennoch merkwürdig und etwas wie eine Farce an. Dieser Umstand gibt Hinweise darauf, weshalb dieser Prozessschritt nicht in jedem Fall sinnvoll scheint.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.4 WEITERE DISKUSSION

5.4.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, schliesst sich den Vorrednerinnen Morf und Klossner-Locher an. Sie habe im Übrigen in der Rechnungsprüfungskommission die Minderheitsmeinung abgedeckt.

5.4.2 GEMEINDERAT DAVID ZIMMERMANN, EVP

Gemeinderat David Zimmermann, EVP, möchte bildlich gesprochen nicht als „Bremsklotz“ auf die Sache einwirken und wird deshalb den Kommissionantrag nicht zum Durchbruch verhelfen.

5.4.3 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, möchte zum zeitlichen Aspekt ergänzen, wonach ein Objektkredit selbst dann noch im August 2018 beraten werden könne, wenn der Stadtrat die entsprechenden Genehmigungsinstanzen vorgängig aus freien Stücken anruft. Mit Beratung des Projektierungskredites durch den Grossen Gemeinderat werde dem Vorhaben die bestmögliche politische Abstützung zuteil.

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
423.5030.42	Gesamtrenovation Schulhaus Watt (Planung)	900'000	19:15



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

571 – KANALISATIONEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	2'000'000	1'400'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 sind gemäss Auskunft des Stadtrates nicht Fr. 2 Millionen, sondern Fr. 1.4 Millionen zu budgetieren (dafür dann wohl höhere Investitionsausgaben im Voranschlag 2018).

HINWEIS:

Das Vorhaben, das der Stadtrat als gebundene Ausgabe deklariert (vgl. Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle, S. 77), ist seit 2001 geplant. Seither wurde das Vorhaben, das kein alltägliches Bauprojekt ist, vom Stadtrat wiederholt nach hinten verschoben. Das Versickerungsbecken benötigt gemäss Auskunft des Stadtrates, da es in Landwirtschaftsgebiet zu liegen kommen soll, sehr viele Bewilligungen. Das Parlament hat über dieses Investitionsprojekt (im IAFP sind dafür Fr. 3.5 Millionen eingestellt) bereits wiederholt diskutiert, zuletzt an der Budgetdebatte 2013.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, kündigt an, sich bei den nachfolgenden Anträgen der Stimme zu enthalten. Die Kommissionsanträge beschlagen spezialfinanzierte Bereiche, deren Gesetzmässigkeiten eine operative Einmischung des Parlamentes nicht rechtfertigen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	1'400'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

571 – KANALISATIONEN

Der Ratspräsident gibt bekannt, wonach Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, zur Beratung des nachfolgenden Antrages zu Konto. Nr. 571.5011.49 gestützt auf Art. 44 GeschO GGR in den Ausstand tritt.

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.49	Neubau Eindolung Giessenbach	300'000	S-Kredit

Der Giessenbach befindet sich zu grossen Teilen in einem wenig beeinträchtigten bis natürlichen Zustand. Der Stadtrat plant nun einen eingedolten Abschnitt zu sanieren und wieder einzudolen, obwohl das Gewässerschutzgesetz vorsieht, dass eingedolte Gewässer im Sanierungsfall offen gebaut werden müssen. Der Stadtrat legt dar, dass aus Tiefbau-Sicht eine Offenlegung dieses Bachabschnittes in so steilem Gelände nicht sinnvoll sei.

Es soll ausserhalb der Budgetdebatte geprüft und diskutiert werden, ob der Bach statt wiedereingedolt (Absicht Stadtrat) neu offen geführt werden kann und so in einem weiteren Abschnitt naturnah wird. Deshalb beantragt eine RPK-Mehrheit einen Sperrvermerk für dieses Investitionsvorhaben.

TECHNISCHER HINWEIS:

Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, bei dieser Position einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 79 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

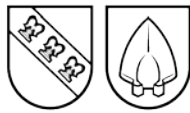
5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, ersucht das Plenum, die fragliche Position nicht mit einem Sperrvermerk zu versehen; der Stadtrat möge sie Sache nochmals vertieft beurteilen.

5.2.2 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, sieht die Stunde gekommen, wo sie mit Gemeinderat René Truninger einer Meinung sei. Sie ersucht den Rat ein entsprechendes Stimmgebaren an den Tag zu legen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.2.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, beruft sich auf die geltenden Bestimmungen der Gemeindeordnung; neue Ausgaben über Fr. 200'000.- bedürfen der Genehmigung des Grossen Gemeinderates, weshalb zur Sache im engeren Sinne kein Beurteilungsspielraum besteht.

5.2.3 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, sieht die Voraussetzungen erfüllt, wonach zu dieser Sache Klärungsbedarf und die Pflicht des Stadtrates bestünde, dem Parlament die Gegebenheiten in einer Vorlage zum Beschluss zu unterbreiten.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Auch *Stadtrat Urs Weiss, SVP, Ressort Tiefbau*, sieht sich gegenüber den Bestimmungen der Gemeindeordnung ebenso verpflichtet, wie dies das Parlament gemeinhin für sich alleine in Anspruch nehme.

Der Stadtrat sieht zeitlich, örtlich und sachlich keinen Handlungsspielraum und taxiert die erforderlich einzusetzenden finanziellen Aufwendungen zum Neubau der Eindolung des Giessenbaches gestützt auf die anwendbaren Bestimmungen des Gemeindegesetzes als gebundene Ausgaben.

Stadtrat Weiss greift zur besseren Illustration auf eine bildliche Plandarstellung der örtlichen Gegebenheiten zurück. Im Detail erklärt Stadtrat Weiss den Gewässerverlauf und bezeichnet bzw. verortet die fraglichen Abschnitte, die Gegenstand der aktuellen Beratung sind. Der Giessenbach umfliesst den Stadtteil Ottikon und unterquert den Weiler bei der Kyburgstrasse; an jener Stelle sei Gefahr in Verzug, da die Strasse abzusacken bzw. einzubrechen drohe. Nächstes Jahr ordnen Stadtrat bzw. die dafür zuständige Abteilung Tiefbau den Ergriff von Notmassnahmen an.

Zusätzliche Komplexität bestünde im Ersatz von Fruchtfolgeflächen, was bei einer Offenlegung in Reichweite des Bachperimeters ebenso zu berücksichtigen sei; im Weiteren bildet die Nähe bzw. die direkte Betroffenheit einer Strasse mit hohem Verkehrsaufkommen ein weiteres Quantum an Reibungspotenzial. Zu Gunsten der Verkehrssicherheit könne die Stadt hier keinen zeitlichen Aufschub dulden bzw. etwelche Kosten zur Wiederherstellung allgemein konformer Verhältnisse scheuen.

Das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft habe aufgrund der besonderen Verhältnisse zudem eine Ausnahmegewilligung zur im Sinne des Stadtrates auszuführenden Variante in Aussicht gestellt; ferner beteilige sich die Baudirektion des Kantons Zürich an den zu Buche schlagenden Kosten.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.4 WEITERE DISKUSSION

5.4.1 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, sieht sich trotz Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission und dem offenen Interpretationsspielraum frei, einen Plenarbeschluss zu fällen. Die FDP/JLIE-Fraktion werde dem stadrätlichen Antrag mit grossem Mehr folgen.

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
571.5011.49	Neubau Eindolung Giessenbach	300'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

571 – KANALISATIONEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	0	600'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Meteorkanals konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	600'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

573 – SCHLAMMENTWÄSSERUNGSANLAGE

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
573.5060.00	Ersatz Dekanter	0	300'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Dekaners konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

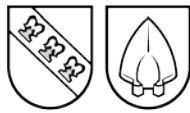
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
573.5060.00	Ersatz Dekanter	600'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

6. BERATUNG DER LAUFENDEN RECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung der durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehensweise, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Laufenden Rechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt er sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Voranschlags ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, bringt seinen in Aussicht gestellten Antrag zur Detachierung eines Anteils der Parlamentsentschädigungen zu Gunsten der Entwicklungshilfeprojekte infolge Unzulässigkeit nicht zur weiteren Diskussion. Der Ratssekretär habe ihn in der Pause über die rechtliche Situation in Kenntnis gesetzt.

Gemeinderat Urs Gut, GP, liebäugelte mit dem Gedanken, die unter Kontoposition 950.4340.00 veranschlagten Gebührenerträge aus Eintrittsverkäufen beim Sportzentrum Effretikon zu reduzieren, habe sich aber nun dazu entschieden, einen dezidierten Vorstoss zur Sache einzureichen.

Nach vollendeter Beratung der Laufenden Rechnung ist über nachstehenden Antrag der Rechnungsprüfungskommission zu befinden. Dies ergibt sich aus der Tatsache, da die bisher beschlossenen Änderungen aus der Laufenden Rechnung Einfluss auf diese Position haben werden:

KONTOGRUPPE 200 FINANZEN

208 – ABSCHREIBUNGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionsreferent Andreas Hasler, GLP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	920'000	1'270'000

Da im Voranschlag 2017 mit einem Ertragsüberschuss zu rechnen ist, beantragt eine RPK-Mehrheit eine zusätzliche Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen im Umfange von einem Steuerprozent (1 Steuerprozent = ~ Fr. 350'000.-). Die zusätzliche Abschreibung soll je hälftig beim Alters- und beim Sportzentrum vorgenommen werden. Diese beiden Grossinvestitionen hat die heutige Stimmbevölkerung beschlossen. Mit der zusätzlichen Abschreibung soll entsprechend die nächste Generation immerhin etwas finanziell entlastet werden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

- 5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK
5.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, gibt namens der Kommissionminderheit bekannt, wonach diese die von der Kommissionmehrheit verfolgte Idee nach zusätzlichen Abschreibungen als nicht grundsätzlich verfehlt beurteile. Dennoch erachtet die FDP-Fraktion es als sinnvoller, den entstandenen Überschuss für eine Senkung des Steuerfusses herzugeben. Das stadträtliche Sparpaket habe sich in Tat und Wahrheit vielmehr als Gebührenerhöhungspaket demaskiert (erhöhte Park-, Wasser-, Betreuungs-, Eintrittsgebühren). Der Bevölkerung möge nun in Form einer Steuerminderung zumindest etwas Entlastung eingeräumt werden.

- 5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

- 5.4 WEITERE DISKUSSION
5.4.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, beruft sich auf den zugebenermassen etwas abgegriffenen Ausdruck der Nachhaltigkeit; der Antrag auf zusätzliche Abschreibungen möge dem Gebot der Stunde nachzukommen und auch gegenüber den nachfolgenden Generationen in Wahrung eines verantwortungsvollen Handelns vertretbar sein.

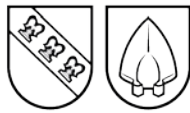
- 5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	1'270'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

7. BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Investitionsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt er sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Voranschlages ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Keine Wortmeldungen.

8. BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Ratspräsidenten*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

9. BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der protokollarischen Bemerkung wonach in der Folge zuvor gefasster Beschlüsse redaktionelle Korrekturen vorzunehmen sind, folgt keine weitere Diskussion zur Kontrolle der Verpflichtungskredite.

10. ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM VORANSCHLAG

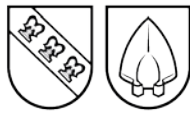
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Voranschlag 2017 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 6. Oktober 2016 genehmigt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

11 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Michael Käppeli, FDP*, den hinlänglich kommunizierten Vorschlag zur Belassung des Steuerfusses auf 115 % der einfachen Staatssteuer bekannt.

11.1 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS

11.1.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, hätte es als mutigeren Schritt empfunden, anstatt den Stadtrat in seiner Gremiumsgrösse zu reduzieren, das hier versammelte Wohlfühlparlament aufzulösen.

Die Parteien hätten nun ihr Nichteinhalten der anlässlich der Wahlen abgegebenen Versprechen ihren Stammlanden selbst zu erklären.

Das Parlament habe es verpasst, Reife zu zeigen; man vergebe sich eine Chance, den Steuerzahlenden gegenüber als Kompensation für erhöhte Gebühren etwas Wertschätzung zu zollen.

Da das Plenum nun bereits zusätzliche Abschreibungen beschlossen habe, zieht Gemeinderat Truninger den SVP-Fraktionsantrag, wonach der Steuerfuss um 1 % hätte gesenkt werden sollen, zurück.

11.1.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, vertrete die Anliegen der FDP-Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der städtischen Finanzpolitik; diese möge nicht unwidersprochen im Raum stehen gelassen werden. Gemeinderat Käppeli setze sich mit aller Kraft für einen pragmatischen, tragfähigen Umgang mit dem Finanzhaushalt ein.

11.1.3 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, spricht sich namens der angeschlossenen Fraktion für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 115 % der einfachen Staatssteuer aus. Im Übrigen zeigt er sich bezüglich der kantonalen Finanzpolitik und den damit verbundenen Entscheiden von Kantonsparlament und Zürcher Regierungsrat enttäuscht und konsterniert.

11.1.4 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, möge trotz Ruhe vor dem Sturm den Steuerfuss im Sinne der Kontinuität auf bisherigem Niveau belassen. Zudem stimmen die Äusserungen von Gemeinderat Truninger bedenklich. Die Argumentationslinie vermöge nicht zu überzeugen; wie könne es sonst angehen, dass zu Beginn des Abends mit eindringlichen Worten noch auf die prekäre finanzielle Situation hingewiesen und zum Schluss der Diskussionen dann gar eine Reduktion des Steuerfusses gefordert werde. Wer A sage, müsse halt eben auch B in seine Gedankenäusserungen miteinschliessen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

12 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.

13 KENNTNISNAHME IAFP

Keine Diskussion.

14 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

15 SCHLUSSABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2016-151 vom 6. Oktober 2016)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 28. November 2016
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2017 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 6. Oktober 2016 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ALTER BETRAG	NEUER BETRAG	DIFFERENZ
208.3310.00	Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	Fr. 8'334'000.-	Fr. 8'372'000.-	Fr. 38'000.-
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	Fr. 920'000.-	Fr. 1'270'000.-	Fr. 350'000.-
208.4930.00	Verrechnung ordentliche Abschreibung Spezialfinanzierung	Fr. -1'878'000.-	Fr. -1'938'000.-	Fr. -60'000.-
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	Fr. 175'000.-	Fr. 195'000.-	Fr. 20'000.-
420.4270.70	Mietzins AZB	Fr. -2'600'000.-	Fr. -2'754'000.-	Fr. -154'000.-
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	Fr. -19'000.-	Fr. 0.-	Fr. 19'000.-
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	Fr. 412'000.-	Fr. 434'000.-	Fr. 22'000.-
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	Fr. 5'000.-	Fr. 10'000.-	Fr. 5'000.-
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	Fr. 45'000.-	Fr. 0.-	Fr. -45'000.-
Veränderung Laufende Rechnung				Fr. 195'000.-



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ALTER BETRAG	NEUER BETRAG	DIFFERENZ
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	Fr. 75'000.-	Fr. 0.-	Fr. -75'000.-
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	Fr. 2'000'000.-	Fr. 1'400'000.-	Fr. -600'000.-
573.5060.00	Ersatz Dekanter	Fr. 0.-	Fr. 300'000.-	Fr. 300'000.-
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	Fr. 0.-	Fr. 600'000.-	Fr. 600'000.-
816.5060.40	Ersatz Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. 135'000.-	Fr. 0.-	Fr. -135'000.-
816.6690.30	Investitionsbeitrag Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. -60'000.-	Fr. 0.-	Fr. 60'000.-
Veränderung Investitionsrechnung				Fr. 150'000.-
Veränderung Total				Fr. 345'000.-

1.3 Konto-Nr. 420.5060.10, Verpflichtungskreditkontrolle, Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik, Planungskredit Fr. 50'000.-, wird mit einem Sperrvermerk versehen.

2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2017. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	111'376'200.-
	Ertrag	Fr.	111'559'800.-
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'575'000.-
	Einnahmen	Fr.	808'300.-
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0.-
	Einnahmen	Fr.	180'000.-

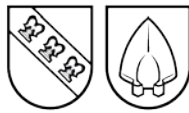
2.2 Der Voranschlag 2017 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.

3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 183'600.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.

6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018-2022 sowie vom finanziellen Führungsinstrument Cockpit wird Kenntnis genommen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Rechnungsprüfungskommission / via Newsletter
 - d. sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - e. sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - f. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - g. das Ratssekretariat, dreifach

Obgenannter Beschluss zur Schlussabstimmung kam mit Einstimmigkeit zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

3. GESCHÄFT-NR. 031/15

Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling – Beantwortung

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Beschluss-Nr. 2016-193 vom 24. November 2016 einen Antrag um Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

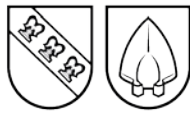
1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Urs Gut, GP, Tannstrasse 44, 8307 Effretikon
 - b. Katharina Morf, FDP, Bachtelstrasse 3, 8307 Effretikon
 - c. Stadtrat, zweifach
 - d. Abteilung Gesundheit
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Eingang des Postulates:	17. März 2015
Mündliche Begründung im Rat durch den Postulanten	9. April 2015
Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates	9. April 2015
Beantwortungsfrist (gemäss Art. 74 Abs. 1 GeschO GGR)	8. April 2016
Eingang der stadträtlichen Antwort	3. Dezember 2015
Ratsdebatte, Aufrechterhaltung des Postulates	28. Januar 2016
Eingang der stadträtlichen Antwort	24. November 2016

Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Postulatsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

PLENARDEBATTE

In Anwendung von Art. 74 Abs. 2 GeschO GGR erteilt *der Ratspräsident* der Co-Postulantin, Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, das Wort, da dieses bei Vorliegen des stadträtlichen Antrages auf Abschreibung bzw. Erledigung des Postulates mindestens der Urheberschaft zusteht.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, bedankt sich für die Darlegung des stadträtlichen Berichtes; in der Folge werde die angeschlossene Fraktion für die Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses votieren.

Dennoch mache sich angesichts der – zwar vertieften aber durchgehend negativ formulierten – Ausführungen des Stadtrates keine Überraschung zu deren Inhalt bzw. Resultat breit. Offenbar sei die Stadt Illnau-Effretikon noch nicht für weitere Schritte hinsichtlich Kunststoffrecycling bereit; Gemeinderätin Morf wird sich daher zum gegebenen Zeitpunkt erlauben, die Thematik erneut aufzugreifen und auf das nach wie vor bestehende Bedürfnis hinzuweisen.

Die allgemeinen Verfahrensvorschriften, wie sie laut Art. 74, Abs. 2 GeschO GGR im aktuellen Fall zur Anwendung gelangen, sehen vor, dass der Rat bei Anträgen, welche die Erledigung bzw. Abschreibung von Postulaten umschliessen, nach erster Stellungnahme der Postulanten, Diskussion eröffnen kann, sofern der entsprechende Bedarf ausgewiesen ist. Die Durchführung einer Abstimmung hierüber ist nicht notwendig.

Nach entsprechender Rückfrage durch den Ratspräsidenten, stellt der diese fest, dass mehrere Votanten um Worterteilung ersuchen.

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, dankt dem Ressort Gesundheit für die Erarbeitung der seriösen und aufschlussreichen Antwort, wenn er auch deren Inhalte nicht in allen Punkten teile. Das geschlossene Fazit sei denn aber auch nachzuvollziehen. Solange nicht eindeutig klar sei, wie die privaten Abnehmer von Plastikabfällen nach erfolgter Sammlung verfahren, führen die gut gemeinten Ansätze zu keinem ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Ziel. Es gelte, die weiteren Entwicklungen abzuwarten, derweil Gemeinderat Schmausser anregt, wonach auch die Hauptsammelstelle ein Angebot zur Sammlung von Materialien aus Polyethylen analog zu den Verkaufsstellen des Detailhandels implementieren möge.

Auch *Gemeinderat Arie Bruinink, GP*, übermittelt dem Stadtrat seinen Dank zur fundierten und detailliert vorliegenden Antwort. Im Weiteren klärt er den Rat über die neusten technischen Entwicklungen im Bereich der Sortiertechnik auf. Der Stadtrat sei eingeladen, den Fortschritt zu verfolgen und zum gegebenen Zeitpunkt Aktionen, Anordnungen und Massnahmen zu treffen.

Der Ratspräsident stellt zumindest einstweilen die erschöpfte Diskussion im Kreise der Parlamentarierinnen und Parlamentarier fest, sodass nun auch der Stadtrat sich zur Sache äussern darf. Um Worterteilung bittet das zuständige Ressort Gesundheit, in der Person von Stadtrat Mathias Ottiger, SVP.

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, bekräftigt in akustisch nur schwer verständlichen Ausführungen, was bereits schriftlich dargelegt wurde. Punktuell greift Stadtrat Ottiger Hinweise oder Bemerkungen der Parlamentarier auf. So etwa richtet er sich an Gemeinderätin Morf und legt dar, weshalb die Antwort seiner Auffassung nach nicht durchgehend negativ formuliert sei. Das Bedürfnis der durch Gemeinderat Schmausser bei der städtischen Hauptsammelstelle angeregten Sammlung von sogenannten PE-Behältnissen sei zwar nachvollziehbar; allerdings stünden hier die Unternehmung des Detailhandels in der Pflicht.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Gemeinderat Urs Gut, GP, wirft ein, wann er nun sein Schlusswort halten könne; der Ratspräsident belehrt ihn, wonach Gemeinderätin Morf bereits namens der Postulanten Stellung bezogen hätte, und das Behandlungsverfahren im Übrigen keine Schlusserklärungen, wie man sie von Interpellationen her kenne, vorsehe.

Dennoch dankt Gemeinderat Urs Gut, GP, für die erarbeitete Antwort.

Nachdem weder weitere Mitglieder des Parlamentes noch des Stadtrates das Wort zu ergreifen wünschen, ergeht die Abstimmung zur Abschreibung des Postulates.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Urs Gut, GP, Tannstrasse 44, 8307 Effretikon
 - b. Katharina Morf, FDP, Bachtelstrasse 3, 8307 Effretikon
 - c. Stadtrat, zweifach
 - d. Abteilung Gesundheit
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Obgenannter Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis Stimmen zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

4. GESCHÄFT-NR. 097/16

Interpellation Urs Gut, GP, und Arie Bruinink, GP, betreffend Anpassung der Tarife Sportzentrum Effretikon – Beantwortung

Eingang der Interpellation:

2. August 2016

Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten:

6. Oktober 2016

Antwort des Stadtrates::

24. November 2016

Der Stadtrat übermittelt mit Auszug aus dessen Protokoll (SRB-Nr. 2016-201) vom 24. November 2016 die Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Der Bedarf für eine Diskussion wird aus dem Rat erwidert und scheint demnach angezeigt; die laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR in solchen Fällen durchzuführende Abstimmung legt die Grundlage für die nachfolgende Diskussion.

Gemeinderätin Raffaella Piatti, FDP/JLIE, bringt in ihrem Votum zum Ausdruck, wonach die angeschlossene Fraktion die Abschaffung des Jugendtarifes bedaure. Für erwerbslose Jugendliche und Studenten bestünde nun keine hinreichende Alternative für Kurzaufenthalte mehr.

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, kann die Erhöhung der Eintrittstarife trotz einschneidender und auch anderweitig deutlich spürbarer Auswirkungen des Sparpaketes mit ihrem sozialen Gewissen vereinbaren.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, plädiert für dauerhaft freien Eintritt, könne man mit dieser Massnahme doch Kosten beim Personal, den „Kassenfräuleins“, sparen.

Stadtrat Urs Weiss, SVP, legt namens des Ressorts Jugend und Sport nochmals mündlich dar, was schriftlich bereits widergegeben wurde.

Das Mitteilungsbedürfnis der Ratsmitglieder scheint sich erschöpft zu haben, sodass *der Ratspräsident* dem Urheber des Vorstosses die Möglichkeit der Darlegung der ihm gemäss Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden persönlichen Schlusserklärung einräumt.

Das Plenum kommt anlässlich der abschliessenden Erklärung von *Gemeinderat Arie Bruinink, GP*, nicht umhin zu bemerken, wonach die stadträtliche Antwort die Interpellanten gänzlich nicht zu befriedigen mag.



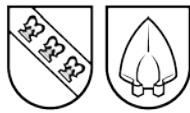
PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Jugend und Sport
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

5. GESCHÄFT-NR. 113/16

Interpellation Paul Rohner, SVP, betreffend „Kehrichtgebühren angemessen?“ – Begründung

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, reicht mit Schreiben vom 24. November 2016 nachfolgende Interpellation beim Büro des Grossen Gemeinderates ein (GGR-Geschäft-Nr.113/16):

Die Erträge aus Grundgebühren für den Kehricht und aus den Gebühren (Abfallsackgebühr in Illnau-Effretikon Fr. 1.80 für einen 35 Liter Sack) sind in vielen Gemeinden zu hoch angesetzt. (Beitrag SRF von heute). Der Stadtrat hat für das Jahr 2016 die Grundgebühr pro Haushalt / Betrieb von Fr. 100.- auf Fr. 80.- gesenkt. Trotz dieser Gebührenreduktion befinden sich noch mindestens 2.5 Mio. Franken im Konto Spezialfinanzierung.

Eine Reduktion der Abfallsackgebühr auf Fr. 1.65 für einen 35 Liter Sack (wie im Unterland) macht keinen Sinn. Eine Reduktion von Fr. 0.15 für den einzelnen Haushalt ist vernachlässigbar. Eine weitere Reduktion der Grundgebühr auf Fr. 60.- / Haushalt bzw. Betrieb ist aber wünschenswert und machbar, wenn man bedenkt, wieviel Geld in den vergangenen Jahren durch zu Hohe Grundgebühren angehäuft werden konnte.

Meine Fragen, welche sich aus den einleitenden Überlegungen aufdrängen:

Sind die Erträge aus den Grundgebühren und den Kehrichtgebühren im Verhältnis zu den effektiven Kosten (Betriebskostenanteil KEZO) zum gegenwärtigen Zeitpunkt kostendeckend oder noch immer gewinnbringend?

Wie ökonomisch ist die Abfallbewirtschaftung der Stadt Illnau-Effretikon im Vergleich zu anderen Gemeinden ähnlicher Grösse?

Weshalb budgetiert der Stadtrat für 2017 einen um Fr. 150'000.- höheren Ertrag als für 2016?

Ist der Stadtrat bereit, über eine Reduktion der Abfallgrundgebühr von Fr. 80.- auf Fr. 60.- nachzudenken? Falls nicht, weshalb nicht?

Für die Beantwortung meiner Fragen bedanke ich mich im Voraus.

URHEBER: Gemeinderat Paul Rohner, SVP

MITUNTERZEICHNENDE: keine

EINGANG RATSBURO: 24.11.2016

BEGRÜNDUNG IM RAT: 14.12.2016

FRIST: 13.03.2017

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates gestellt werden, einzuhalten vermag.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

BEGRÜNDUNG IM PLENUM

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, begründet im Sinne von Art. 77 Abs. 1 GeschO GGR den eingereichten Vorstoss, wobei der Redner sein Referat mehrheitlich auf Basis des zu Grunde liegenden Interpellationstextes aufbaut. Neue bzw. weitere Fakten, die aus dem Text nicht hervorgehen, ergeben sich keine.

Der Ratspräsident erkundigt sich in Anwendung von Art. 77 Abs. 2 GeschO GGR beim Stadtrat nach der gewünschten Beantwortungsmodalität.

Namens des Ressorts Gesundheit gibt *Stadtrat Mathias Ottiger SVP*, bekannt, wonach der Stadtrat sich zur Ausarbeitung einer schriftlichen Antwort entschieden hat. Dem Stadtrat stehen für die Beantwortung laut Art. 77 Abs. 3 GeschO GGR drei Monate ab Datum der Begründung zu (Frist bis 13. März 2017).

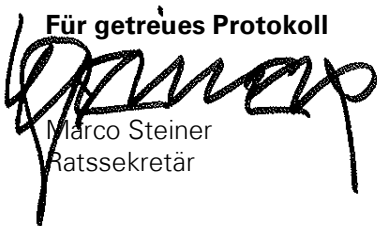
Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Gesundheit
 - Ratssekretariat (Geschäftsakten)
-

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

Für getreues Protokoll



Marco Steiner
Ratssekretär

UNTERSCHRIFTEN

Präsidium



Roger Miauton
Ratspräsident

Stimmenzähler



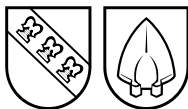
Markus Hürzeler
Stimmenzähler



Marco Muzzi
Stimmenzähler



Peter Vollenweider
Stimmenzähler



BESCHLUSS

VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

10

FINANZEN

10.07

Voranschläge (Archiv Abt. III A. + B.)

BETRIFFT

**Genehmigung des Voranschlages 2017 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie
Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018-2022**

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2016-151 vom 6. Oktober 2016)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 28. November 2016
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2017 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 6. Oktober 2016 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ALTER BETRAG	NEUER BETRAG	DIFFERENZ
208.3310.00	Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	Fr. 8'334'000.-	Fr. 8'372'000.-	Fr. 38'000.-
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	Fr. 920'000.-	Fr. 1'270'000.-	Fr. 350'000.-
208.4930.00	Verrechnung ordentliche Abschreibung Spezialfinanzierung	Fr. -1'878'000.-	Fr. -1'938'000.-	Fr. -60'000.-
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	Fr. 175'000.-	Fr. 195'000.-	Fr. 20'000.-
420.4270.70	Mietzins AZB	Fr. -2'600'000.-	Fr. -2'754'000.-	Fr. -154'000.-
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	Fr. -19'000.-	Fr. 0.-	Fr. 19'000.-
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	Fr. 412'000.-	Fr. 434'000.-	Fr. 22'000.-
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	Fr. 5'000.-	Fr. 10'000.-	Fr. 5'000.-
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	Fr. 45'000.-	Fr. 0.-	Fr. -45'000.-
Veränderung Laufende Rechnung				Fr. 195'000.-



BESCHLUSS

VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR.

2016-1659

BESCHLUSS-NR.

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ALTER BETRAG	NEUER BETRAG	DIFFERENZ
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	Fr. 75'000.-	Fr. 0.-	Fr. -75'000.-
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	Fr. 2'000'000.-	Fr. 1'400'000.-	Fr. -600'000.-
573.5060.00	Ersatz Dekanter	Fr. 0.-	Fr. 300'000.-	Fr. 300'000.-
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	Fr. 0.-	Fr. 600'000.-	Fr. 600'000.-
816.5060.40	Ersatz Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. 135'000.-	Fr. 0.-	Fr. -135'000.-
816.6690.30	Investitionsbeitrag Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. -60'000.-	Fr. 0.-	Fr. 60'000.-
Veränderung Investitionsrechnung				Fr. 150'000.-
Veränderung Total				Fr. 345'000.-

- 1.3 Konto-Nr. 420.5060.10, Verpflichtungskreditkontrolle, Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik, Planungskredit Fr. 50'000.-, wird mit einem Sperrvermerk versehen.

- 2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2017. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	111'376'200.-
	Ertrag	Fr.	111'559'800.-
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'575'000.-
	Einnahmen	Fr.	808'300.-
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0.-
	Einnahmen	Fr.	180'000.-

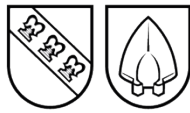
- 2.2 Der Voranschlag 2017 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.

3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 183'600.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.

6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018-2022 sowie vom finanziellen Führungsinstrument Cockpit wird Kenntnis genommen.



BESCHLUSS

VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659

BESCHLUSS-NR.

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Rechnungsprüfungskommission / via Newsletter
 - d. sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - e. sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - f. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - g. das Ratssekretariat, dreifach

Obgenannter Beschluss zur Schlussabstimmung kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

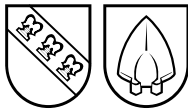
Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Roger Mlauton
Ratspräsident

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 15.12.2016

ms



BESCHLUSS

VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-0055

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

34

34.06

**UMWELTSCHUTZ
Wiederverwertung**

BETRIFFT

**Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende,
betreffend Kunststoffrecycling**

DER GROSSE GEMEINDERAT

AUF ANTRAG DES STADTRATES

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Urs Gut, GP, Tannstrasse 44, 8307 Effretikon
 - b. Katharina Morf, FDP, Bachtelstrasse 3, 8307 Effretikon
 - c. Stadtrat, zweifach
 - d. Abteilung Gesundheit
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Roger Miauton
Ratspräsident

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 15.12.2016

EIGRENE

- **Heutige Frage:** Körperfett ist ein Energiespeicher. Über die Festtage ist das Thema wieder sehr aktuell. Wenn wir 1 Kg mit grosser Mühe loswerden, wo geht das Kilo dann hin?
 - a. Es löst sich in Luft auf
 - b. Es verlässt den Körper durch Wärmeenergie
 - c. Es wird auf natürlichem Weg ausgeschieden

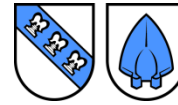


ENERGIE

- **Richtig ist Antwort A**

- Fett besteht zum grössten Teil aus Kohlenstoff C
- Das Fett «verbrennt» unter Zugabe von Sauerstoff aus der Atemluft
- $C + O = CO + O = CO_2 + \text{Wärme}$
- Das CO_2 wird ausgeatmet. Bei jedem Atemzug wird mehr ausgeatmet als eingeatmet.

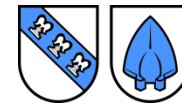




VORANSCHLAG 2017 IAFP 2018/2022

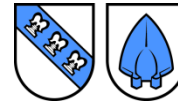
Präsentation GGR

Mittwoch, 14. Dezember 2016

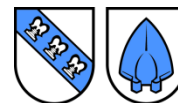


INHALT

- Voranschlag 2017
- Investitionsrechnung 2017
- Entwicklungen / Aufgaben- und Finanzplan 2018-2022



VORANSCHLAG 2017



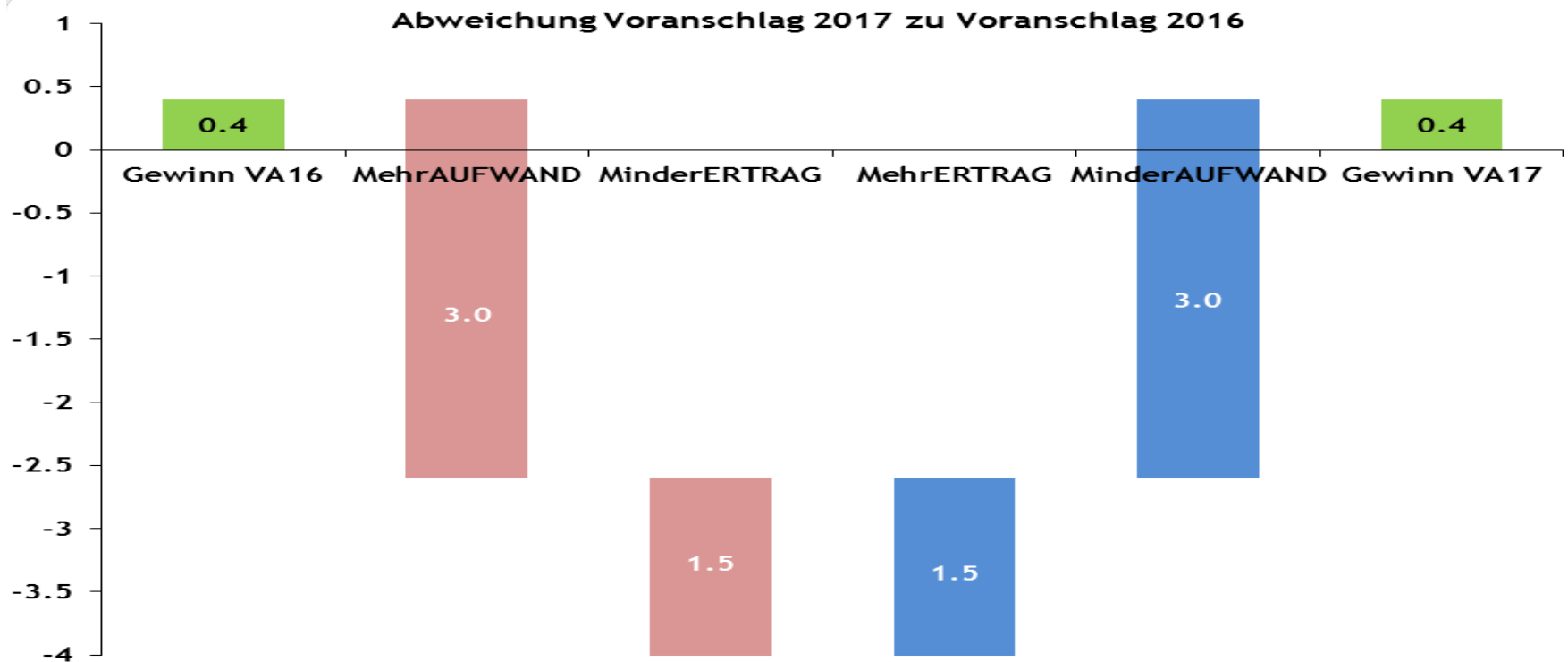
ZUSAMMENFASSUNG

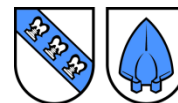
Zahlen in CHF/Mio.

	V2017	V2016	ABW. ZU VA16
Ressourcenausgleich	18.2	19.0	-0.8
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+0.4	+0.4	-
Entn.(-) / Einl.(+) Vorfinanzierung	0	+1.0	-1.0
Abschreibungen ord. (ohne SF)	7.4	6.9	+0.5
Abschreibungen zus. (ohne SF)	0.4	0.7	-0.3
Investitionen VV (netto ohne SF)	14.1	7.7	+6.4
Cashflow = Selbstfinanzierung	8.2	8.5	-0.3
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	58%	110%	-52%

ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA16

Zahlen in CHF/Mio.





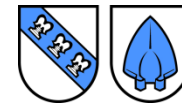
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA16

Zahlen in CHF/Mio.



Mehraufwand

Pflegefinanzierung	0.9
AHV/IV Zusatzleistungen	0.6
Abschreibungen	0.2
Primarschule	0.2
BWS	0.2
Kindergärten	0.2
Beitrag an ZVV	0.2
Gemeindestrassen	0.1
Kinder u. Erwachsenenscl	0.1
Feuerwehr	0.1
Div. Hochbau	0.1
Div. Präsidiales	0.1



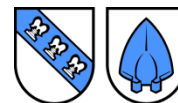
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA16

Zahlen in CHF/Mio.



Minderertrag

Ressourcenausgleich	0.8
Buchgewinne FV	0.4
Entschuldungsbeitrag	0.3



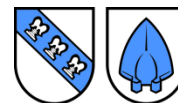
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA16

Zahlen in CHF/Mio.



Mehrertrag

Ord. Steuern	0.6
Gewinnanteil ZKB	0.3
Miete AZB	0.3
St. Früh. Jahre	0.2
Div. J&S	0.1



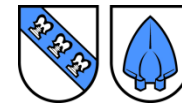
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA16

Zahlen in CHF/Mio.

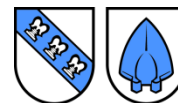


Minderaufwand

Einlage VF Hagen	1.0
Sonderschulung	0.4
Beiträge Kleinkind.betr.	0.4
Ges. Wirtsch. Hilfe	0.4
Kapitaldienst	0.2
Passivzinsen FV	0.2
Alimentenbevorschussung	0.2
Oberstufe	0.1
Beiträge an Mittelschuler	0.1



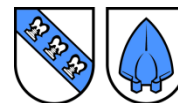
INVESTITIONSRECHNUNG



ZUSAMMENFASSUNG

Zahlen in CHF/Mio.

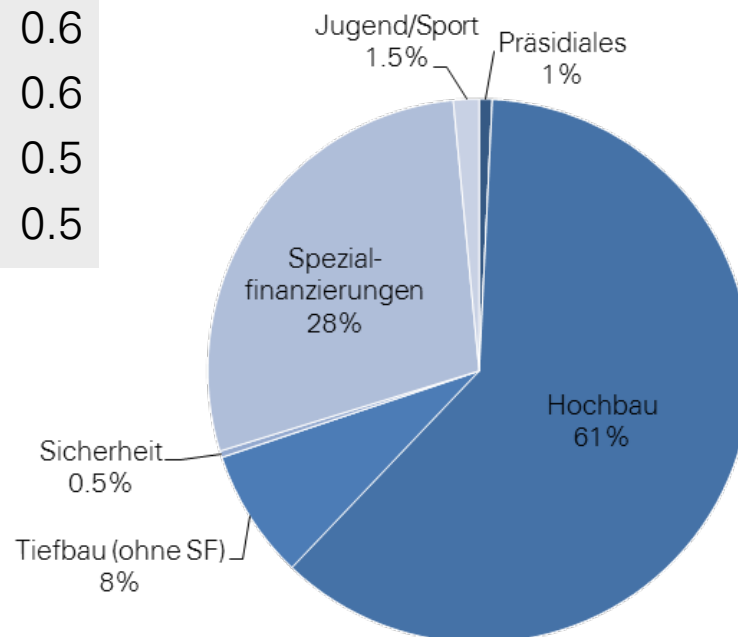
Investitionen:	V2017	V2016
Verwaltungsvermögen Politisches Gut	14.1	7.7
Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen	5.5	4.7
Finanzvermögen	-0.2	-1.0
Total Investitionen	19.4	11.4
Selbstfinanzierung	8.2	8.5
Selbstfinanzierung in %	58%	110%

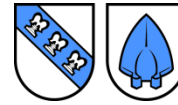


WICHTIGSTE INVESTITIONEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

Zahlen in CHF/Mio.

Schulraumerweiterung Schulhaus Hagen	9.7
Versickerungsbecken Schoren (ehem. Nauen)	2.0
Gesamtrenovation Schulhaus Watt	0.9
Ersatz und Sanierung Kanalisationen	0.6
Sanierung Hauptkanal Zentrum bis Brandriet	0.6
Sanierung div. Wasserleitungen	0.5
Sanierung Strassennetz	0.5

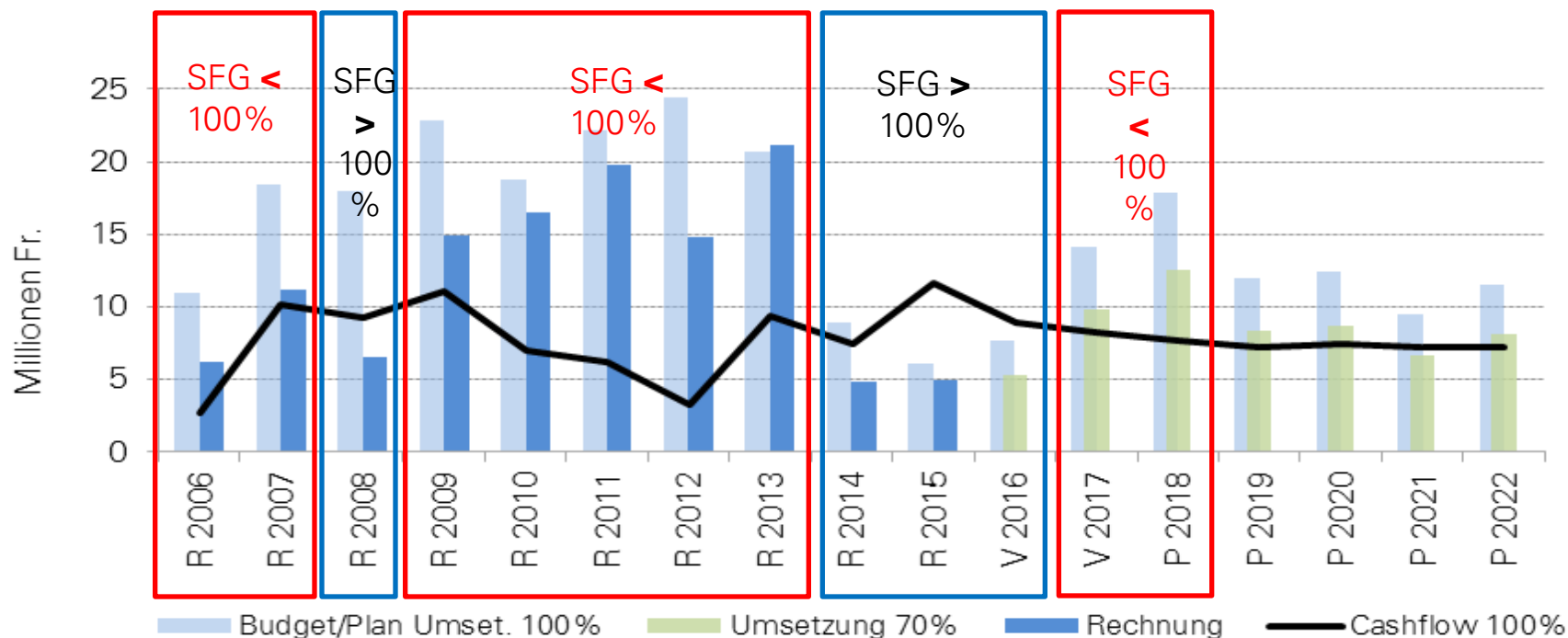




ENTWICKLUNGEN / IAFP 2018 - 2022

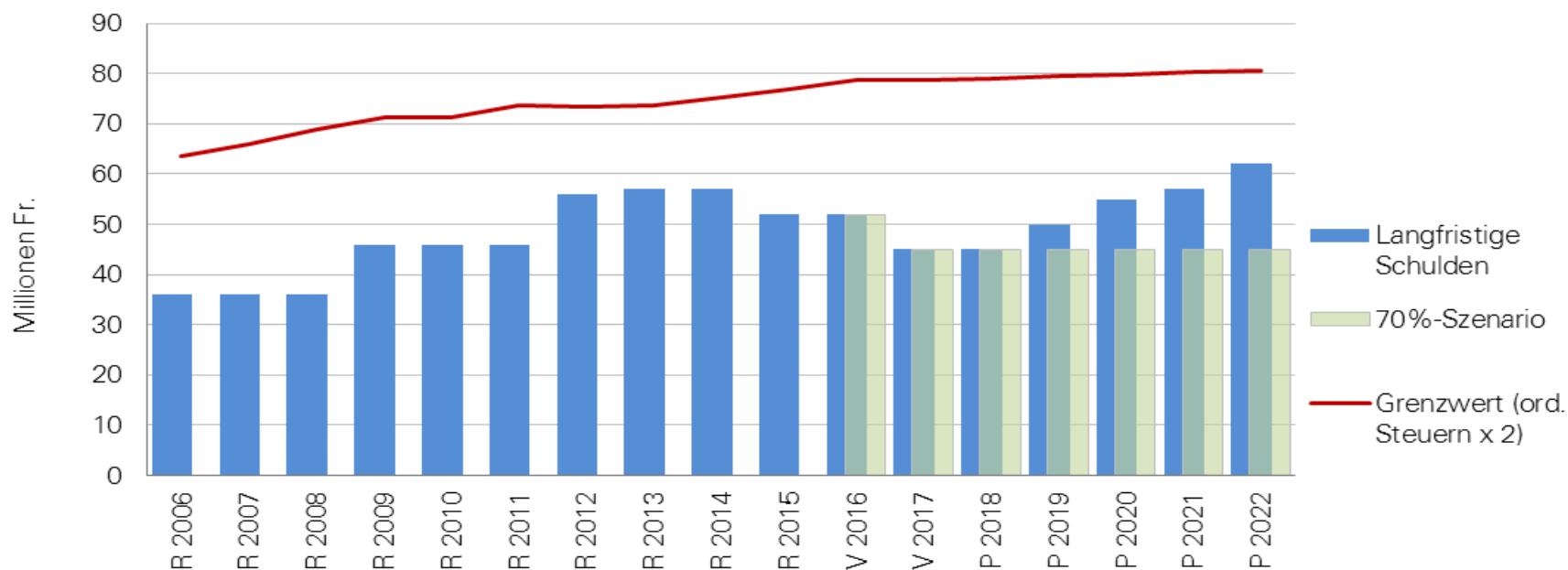
ENTWICKLUNG NETTOINVESTITIONEN UND CASHFLOW (OHNE SF)

Zahlen in CHF/Mio.



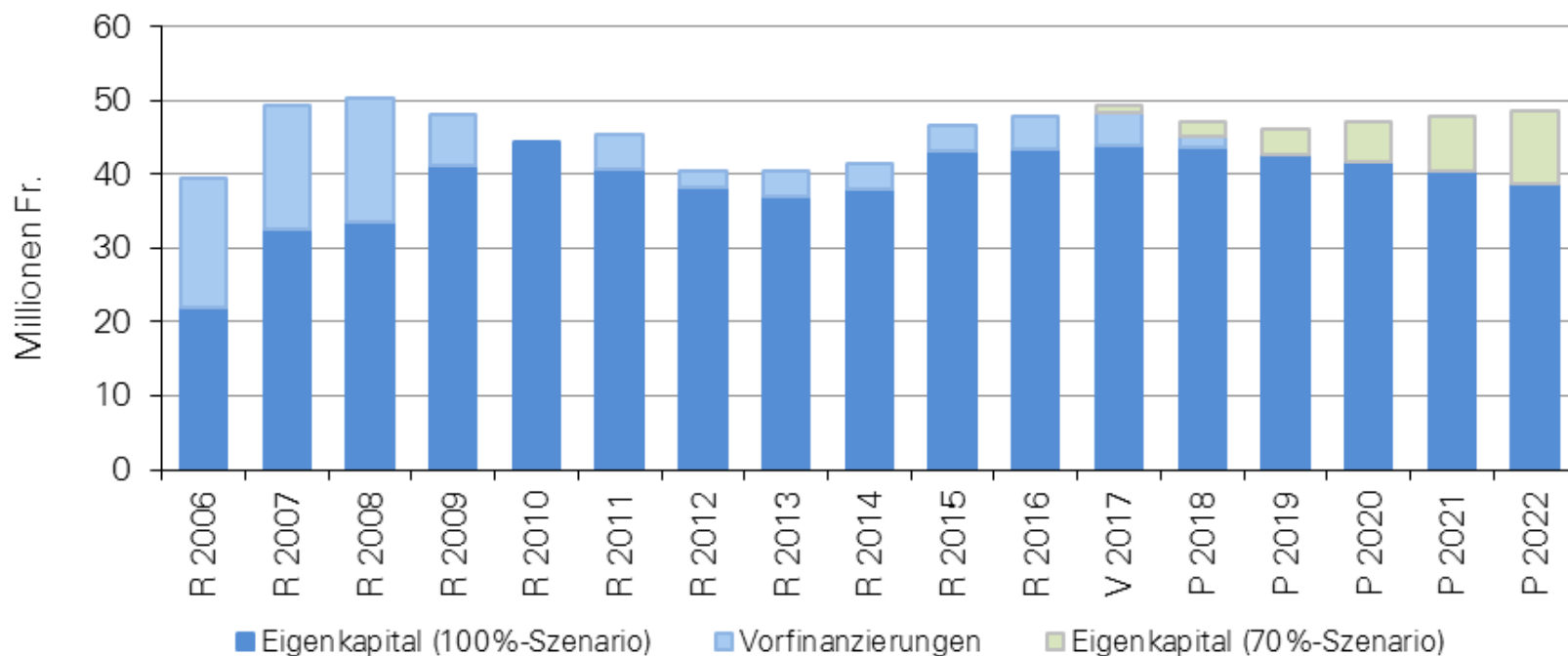
ENTWICKLUNG LANGFRISTIGE SCHULDEN

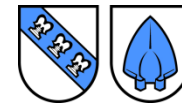
Zahlen in CHF/Mio.



EIGENKAPITALENTWICKLUNG

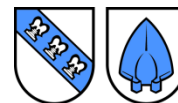
Zahlen in CHF/Mio.





ZUSAMMENFASSUNG VORANSCHLAG 2017

- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch Mehreinnahmen (Steuern, Mietzins AZB) kompensiert werden.
- Wachstum der gebundenen Mehraufwände können noch mit wachsenden Einnahmen aufgefangen werden.
- Cashflow mit 8.2 Mio. innerhalb Zielband (7 – 10 Mio.).
- Investitionsreiches Jahr: Selbstfinanzierungsgrad < 100% (58%).
- SPARPAKET2017: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (auch IAFP)
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können.
- IAFP: Lü16 und USR III noch nicht eingeflossen



Voranschlag 2017

ZÜRCHER OBERLÄNDER, 12. OKTOBER 2016

Der Stadt geht es finanziell gut – noch

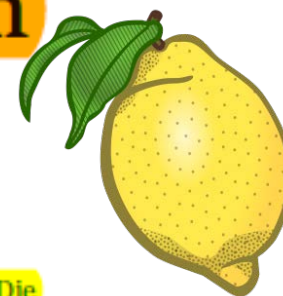
ILLNAU-EFFRETIKON Erneut rechnet die Stadt im Budget mit einem Plus von rund 400'000 Franken. Der Illnau-Effretiker Finanzvorstand Philipp Wespi (JLIE) sieht aber schwierigere Zeiten und einen höheren Steuerfuss auf die Stadt zukommen.

Finanzvorstand Philipp Wespi (JLIE) trug gestern eine schwarze Krawatte. Warum das relevant ist? Wespi präsentierte den Voranschlag 2017 – und darin rechnet der Stadtrat wie schon im letzten Voranschlag mit einer schwarzen Null. «Heute ist es ein Privileg, sie tragen zu dürfen. Am Dienstag trug ich die Krawatte dagegen noch aus einem traurigen Anlass.» Damit sprach Wespi die Abschiedsfeier für seinen verstorbenen Stadtratskollegen André Bättig an (wir berichteten).

Danach ging Wespi zu etwas Positivem über – zum Voranschlag für das nächste Jahr. Darin rechnet der Stadtrat mit einem Plus von 380'600 Franken bei einem Aufwand von rund 110,9 Millionen und einem Ertrag von rund 111,3 Millionen Franken. Wegen hoher Investitionen – 19,4 Millionen Franken, wovon die Hälfte in die Schulraumerweiterung im Schulhaus Hagen fliessen – sinke der Selbstfinanzierungsgrad von 110 auf 58 Prozent, sagte der Finanzvorstand. Das sei aber nicht weiter schlimm, weil der Cashflow mit 8,2 Millionen Franken noch im



Kann sich über einen positiven Voranschlag freuen: Finanzvorstand Philipp Wespi (JLIE) präsentiert dem Parlament eine schwarze Null. Janis Stenig



«Die Zitrone ist ausgepresst.»

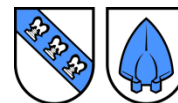
Philipp Wespi (JLIE), Finanzvorstand

nationaler und kantonaler Ebene noch gar nichts beschlossen sei, habe man die Zahlen noch nicht in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2022 übernommen. «Wir wollen nicht spekulieren.»

Steuerfusserhöhung möglich

Davon ausgehend, dass die ordentlichen Steuereinnahmen stetig stiegen, sehe die finanzielle Zukunft Illnau-Effretikons nicht schlecht aus, sagte Wespi. «Aber die Zitrone ist ausgepresst.» So würden zum Beispiel die Grundstückgewinnsteuern 2016 und 2017 ausser-

Finanzkennzahlen



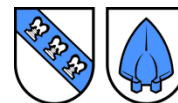
Stadt Illnau-Effretikon

	2002	2006	2010	2015	20++
Langfr. Schulden per Ende Jahr	22 Mio.	36 Mio.	46 Mio.	52 Mio.	??
Zinsen für langfristige Schulden	891'055	623'392	1'213'670	693'338	??
Zinssatz (Durchschnitt) [Zins der Darlehen per 31.12.]	3.7	2.9	2.7	1.6	??
Nettovermögen pro Einwohner/in	+ 2'053	+ 507	- 13	- 1'006	??
Steuerfuss	114	115	115	115	??
Ertrag ordentl. Steuern, effektiv (in kFr.)	31'188	31'736	35'605	38'492	??
davon Ertrag juristische Personen (mit Nachträgen)	1'610 (2'465)	1'828 (2'957)	2'715 (3'831)	4'022 (4'400)	
Grundstückgewinnsteuer (in kFr.)	2'559	2'451	1'535	3'585	??
Steuerkraft pro Einwohner/in	2'264	1'987	2'288	2'420	??
Finanzausgleich Kanton Zürich (in kFr.)	9'669	6'890	8'713*	19'926*	??

Quelle: Stadtverwaltung, Abteilung Finanzen

* 2012: Ablösung Steuerkraftausgleich
durch Ressourcenausgleich

Finanzkennzahlen



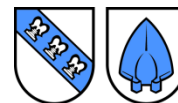
Stadt Illnau-Effretikon

	2002	2006	2010	2015	20++
Langfr. Schulden per Ende Jahr	22 Mio.	36 Mio.	46 Mio.	52 Mio.	Investitions- politik
Zinsen für langfristige Schulden	891'055	623'392	1'213'670	693'338	
Zinssatz (Durchschnitt) [Zins der Darlehen per 31.12.]	3.7	2.9	2.7	1.6	
Nettovermögen pro Einwohner/in	+ 2'053	+ 507	- 13	- 1'006	
Steuerfuss	114	115	115	115	??
Ertrag ordentl. Steuern, effektiv (in kFr.)	31'188	31'736	35'605	38'492	??
davon Ertrag juristische Personen (mit Nachträgen)	1'610 (2'465)	1'828 (2'957)	2'715 (3'831)	4'022 (4'400)	
Grundstückgewinnsteuer (in kFr.)	2'559	2'451	1'535	3'585	??
Steuerkraft pro Einwohner/in	2'264	1'987	2'288	2'420	??
Finanzausgleich Kanton Zürich (in kFr.)	9'669	6'890	8'713*	19'926*	??

Quelle: Stadtverwaltung, Abteilung Finanzen

* 2012: Ablösung Steuerkraftausgleich
durch Ressourcenausgleich

Finanzkennzahlen



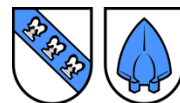
Stadt Illnau-Effretikon

	2002	2006	2010	2015	20++
Langfr. Schulden per Ende Jahr	22 Mio.	36 Mio.	46 Mio.	52 Mio.	Investitions- politik
Zinsen für langfristige Schulden	891'055	623'392	1'213'670	693'338	
Zinssatz (Durchschnitt) [Zins der Darlehen per 31.12.]	3.7	2.9	2.7	1.6	
Nettovermögen pro Einwohner/in	+ 2'053	+ 507	- 13	- 1'006	
Steuerfuss	114	115	115	115	Steuerpolitik
Ertrag ordentl. Steuern, effektiv (in kFr.)	31'188	31'736	35'605	38'492	
davon Ertrag juristische Personen (mit Nachträgen)	1'610 (2'465)	1'828 (2'957)	2'715 (3'831)	4'022 (4'400)	
Grundstückgewinnsteuer (in kFr.)	2'559	2'451	1'535	3'585	
Steuerkraft pro Einwohner/in	2'264	1'987	2'288	2'420	
Finanzausgleich Kanton Zürich (in kFr.)	9'669	6'890	8'713*	19'926*	

Quelle: Stadtverwaltung, Abteilung Finanzen

* 2012: Ablösung Steuerkraftausgleich durch Ressourcenausgleich

Finanzkennzahlen

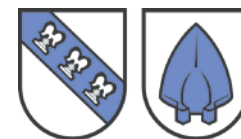


Stadt Illnau-Effretikon

	2002	2006	2010	2015	20++
Langfr. Schulden per Ende Jahr	22 Mio.	36 Mio.	46 Mio.	52 Mio.	Investitions- politik
Zinsen für langfristige Schulden	891'055	623'392	1'213'670	693'338	
Zinssatz (Durchschnitt) [Zins der Darlehen per 31.12.]	3.7	2.9	2.7	1.6	
Nettovermögen pro Einwohner/in	+ 2'053	+ 507	- 13	- 1'006	
Steuerfuss	114	115	115	115	Steuerpolitik Ausgabenpolitik
Ertrag ordentl. Steuern, effektiv (in kFr.)	31'188	31'736	35'605	38'492	
davon Ertrag juristische Personen (mit Nachträgen)	1'610 (2'465)	1'828 (2'957)	2'715 (3'831)	4'022 (4'400)	
Grundstückgewinnsteuer (in kFr.)	2'559	2'451	1'535	3'585	
Steuerkraft pro Einwohner/in	2'264	1'987	2'288	2'420	
Finanzausgleich Kanton Zürich (in kFr.)	9'669	6'890	8'713*	19'926*	

Quelle: Stadtverwaltung, Abteilung Finanzen

* 2012: Ablösung Steuerkraftausgleich durch Ressourcenausgleich



LAUFENDE RECHNUNG

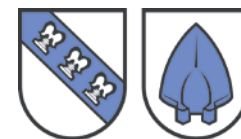
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen)	100'000	60'000

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Minderheit beantragt, dass 2017 für Fördermassnahmen und Einmalzulagen bei ausgewählten Mitarbeitenden wie bereits im Vorjahr ein Betrag von Fr. 60'000.- zur Verfügung stehen soll.

Fr. 60'000.- entspricht ~ 0.4 % der Lohnsumme, was angesichts der Negativsteuerung für individuelle Lohnerhöhungen ausreichen soll. Zum Vergleich: Der Bund gewährt für 2017 keine generelle Lohnerhöhung und der Kanton ZH sieht ebenfalls 0.4 % der Lohnsumme vor.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen und damit für Saläranpassungen einen Pauschalbetrag von Fr. 100'000.- zu budgetieren. Fr. 75'000.- für individuelle Lohnerhöhungen (~ 0.5 % der Lohnsumme) plus Fr. 25'000.- für Einmalprämien wären beim dritten schwarzen Budget nacheinander ein positives Zeichen auch gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.



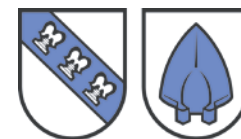
LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
185.3640.00	Partnerschaften Inland	55'000	25'000

BEGRÜNDUNG:

Für eine RPK-Minderheit ist es jetzt, nach dem Zusammenschluss von vier Gemeinden zu einer politischen Gemeinde Calanca (ehemals Arvigo-Landarenca), der passende Zeitpunkt, die Zahlungen an diese Partnergemeinde von Illnau-Effretikon zu reduzieren. Sie beantragt deshalb für 2017 ein reduziertes Budget von Fr. 25'000.-.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. nachfolgender Änderungsantrag).

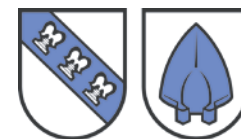


LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
185.3670.00	Entwicklungsprojekte	55'000	70'000

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Minderheit beantragt, sich mit demselben Betrag wie die Kirche an den Entwicklungsprojekten zugunsten der wirklich armen Weltregionen zu beteiligen.
Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. vorheriger Änderungsantrag).



LAUFENDE RECHNUNG

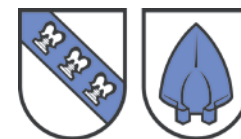
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
400.3181.20	Energieplanung	20'000	10'000

BEGRÜNDUNG:

Die Rezertifizierung der Stadt Illnau-Effretikon als Energiestadt ist innerhalb der RPK unbestritten. Ebenfalls einig ist sich die RPK, dass diese Rezertifizierung mit dem Energiestadt-Label mit den beste-henden Kompetenzen und Ressourcen in der Stadtverwaltung vorbereitet und keine zusätzlichen externen Beratungskosten auslösen soll (für die Energieberatung sind bereits wie in den Vorjahren im Konto 400.3181.30 Fr. 50'000.- budgetiert).

Eine RPK-Minderheit beantragt nun lediglich Fr. 10'000.- zu budgetieren, da gemäss Website von energiestadt.ch eine Rezertifizierung zwischen Fr. 8'000.- bis Fr. 12'000.- kosten soll.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetbetrag so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Der Stadtrat rechnet mit Kosten von Fr. 12'000.- bis Fr. 16'000.- für die Rezertifizierung.

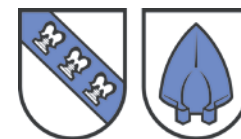


LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	175'000	195'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt einstimmig, dass für den baulichen Unterhalt des AZB ein Betrag von Fr. 195'000.- budgetiert werden soll. Dieser Betrag entspricht 0.5 % des Gebäudewerts (zum Vergleich: Im Vorjahr wurde für das erst gerade erweiterte und komplett erneuerte AZB mit 0.3 % des Gebäudewerts gerechnet).



LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.3156.00	Unterhalt von Maschinen und Geräten (Liegenschaften Verwaltungsvermögen)	62'000	45'000

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Minderheit beantragt einen Budgetbetrag von Fr. 45'000.-. Dieser Betrag würde gemäss Auskunft des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage hin dem 5-Jahres-Durchschnitt entsprechen.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen, damit der Unterhalt der Maschinen und Geräte nicht vernachlässigt wird.

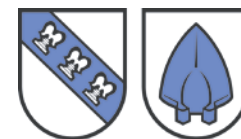


LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.4270.70	Mietzins AZB	2'600'000	2'754'000
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	19'000	0
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	-412'000	-434'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt einstimmig, die Budgetpositionen integral so anzupassen, damit sie nun der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation „AZB-Eignerstrategie“ entsprechen. Die beantragten Beträge für eine vollkostendeckende Miete stimmen 1:1 mit der Rückmeldung des Stadtrats auf die entsprechende RPK-Frage überein.



LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	5'000	10'000

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Mehrheit beantragt eine Verdoppelung des Betrages. Derzeit, so die Antwort des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage, hat die Stadt die Möglichkeit, zwei bis drei Fälle pro Jahr zu beobachten. Durch das überwiesene Postulat „Spielraum in der Sozialhilfe nutzen“ soll ein Schwerpunkt des Stadtrates bei der Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs liegen. Mit einer Verdoppelung des Betrages könnten neu rund vier bis sechs Fälle pro Jahr überprüft werden. Eine RPK-Minderheit empfiehlt dem Budgetantrag des Stadtrates zu folgen, da notwendige Untersuchungen ohnehin durchgeführt würden.



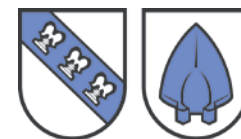
LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	45'000	0

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Mehrheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens, da für die Parkplätze beim Sportzentrum Eselriet keine Parkuhren angeschafft werden sollen.

Eine RPK-Minderheit empfiehlt den Budgetposten so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Eine separate Kreditvorlage zu diesem Geschäft ist pendent (in GPK-Vorberatung).



LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
950.3140.20	Unterhalt Fussballplätze	58'000	40'000

BEGRÜNDUNG:

Eine RPK-Minderheit beantragt, das Budget bei Fr. 40'000.- festzusetzen, da vor einem Jahr die Anschaffung von Mährobotern für die Fussballplätze damit begründet wurde, dass dafür der Unterhaltsaufwand abnehmen würde. Eine Steigerung des für 2017 budgetierten Aufwandes gegenüber dem Vorjahresbudget würde hierzu im Widerspruch stehen.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Vergleicht man den Budgetbetrag 2017 mit dem Rechnungsbetrag 2015, so scheint ein Minderaufwand dank der Mähroboter berücksichtigt. Für eine RPK-Mehrheit wäre durchaus auch ein Budgetbetrag von Fr. 50'000.- angemessen gewesen.



INVESTITIONSRECHNUNG

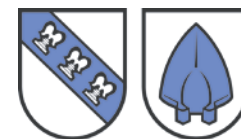
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbauten	100'000	0

BEGRÜNDUNG:

Gemäss Auskunft des Stadtrates können 2017 unter diesem Budgetposten folgende Projekte Investitionsausgaben auslösen: Umnutzung/Neuvermietung Ladenlokal, Anpassungen Arbeitsplätze aufgrund Verwaltungsreorganisation 2018.

Eine RPK-Minderheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens. Es soll nicht jährlich ein Betrag von Fr. 100'000.- bis Fr. 150'000.- für Büroumbauten im Stadthaus budgetiert werden. Büroumbauten im Jahre 2017 aufgrund der Verwaltungsreorganisation 2018 werden als verfrüht erachtet.

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetposten für allfällig notwendige Investitionsausgaben zur Umnutzung/Neuvermietung des Ladenlokals zu belassen.

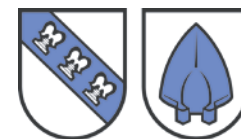


INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.5031.24	Stadthaus, Lüftungserneuerung Saal	150'000	S-Kredit

BEGRÜNDUNG:

Die heutige Lüftungsanlage ist gemäss Stadtratsauskunft grundsätzlich noch gebrauchstauglich und erfüllt die gesetzlichen Anforderungen. Allerdings, so der Stadtrat, entspricht die Steuerung nicht mehr den betrieblichen Ansprüchen. Zudem seien auf dem Markt keine Ersatzteile mehr verfügbar. Die RPK beantragt einstimmig, die Lüftungserneuerung für den Stadthaussaal sorgfältig zu prüfen. Hierzu soll der Stadtrat dem Parlament jedoch ausserhalb der Budgetdebatte eine separate Verpflichtungskredit-Vorlage zum Spezialbeschluss unterbreiten. (Idealerweise unterbreitet der Stadtrat dem Parlament eine solche Vorlage parallel zum Vorhaben der Erneuerung der Gebäudesteuerung Technik im Stadthaus, vgl. nächster Antrag).

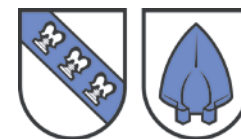


INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	75'000	0

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 ist gemäss Auskunft des Stadtrates nichts geplant.



INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
420.5060.10	Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik	50'000	S-Kredit

BEGRÜNDUNG:

Das Vorhaben (im IAFP 2018 – 2022 sind dafür insgesamt Fr. 250'000.- eingestellt) wurde vom Parlament im Voranschlag 2016 gestrichen. Es handelt sich aus RPK-Sicht nicht um eine gebundene Ausgabe. Aus diesem Grunde erwartet die RPK, dass der Stadtrat dem Parlament einen separaten Verpflichtungskredit-Antrag vorlegt. Deshalb beantragt die RPK einstimmig einen Sperrvermerk (S-Kredit). Dies hat zur Folge, dass der Stadtrat erst dann zum Eingehen finanzieller Verpflichtungen für einen allfälligen Ersatz der Stadthaus-Gebäudesteuerung ermächtigt ist, wenn das Parlament die dazu notwendige Ermächtigung mittels Spezialbeschluss erteilt hat.

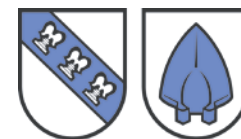


INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
423.5030.42	Gesamtrenovation Schulhaus Watt (Planung)	900'000	S-Kredit

BEGRÜNDUNG:

Es ist in der RPK völlig unbestritten, dass die Gesamtsanierung des Schulhauses Watt die nächste grosse zu bewilligende Investition sein muss. Gleichzeitig ist die RPK grossmehrheitlich der Ansicht, dass eine Investition in der Grössenordnung von Fr. 19 Millionen möglichst früh öffentlich diskutiert und damit breit abgestützt werden soll. Damit kann auch die Gefahr von Verzögerungen im späteren Projektverlauf und bei der Realisierung minimiert werden. Deshalb soll von Beginn an – also mit dem jetzt vom Stadtrat beantragten Projektierungskredit (im IAFP sind für diese Planung Fr. 1.4 Millionen und später dann für den Bau weitere Fr. 17.6 Millionen eingestellt) – das Parlament abgeholt und einbezogen werden. Die inhaltliche Diskussion soll nicht im Rahmen der Budgetdebatte, sondern im Rahmen einer separaten Verpflichtungskredit-Vorlage des Stadtrates ans Parlament geführt werden.

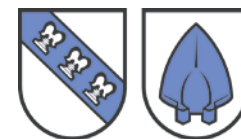


INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	2'000'000	1'400'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 sind gemäss Auskunft des Stadtrates nicht Fr. 2 Millionen, sondern Fr. 1.4 Millionen zu budgetieren (dafür dann wohl höhere Investitionsausgaben im Voranschlag 2018).



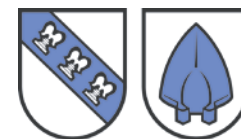
INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
571.5011.49	Neubau Eindolung Giessenbach	300'000	S-Kredit

BEGRÜNDUNG:

Der Giessenbach befindet sich zu grossen Teilen in einem wenig beeinträchtigten bis natürlichen Zustand. Der Stadtrat plant nun einen eingedolten Abschnitt zu sanieren und wieder einzudolen, obwohl das Gewässerschutzgesetz vorsieht, dass eingedolte Gewässer im Sanierungsfall offen gebaut werden müssen. Der Stadtrat legt dar, dass aus Tiefbau-Sicht eine Offenlegung dieses Bachabschnittes in so steilem Gelände nicht sinnvoll sei.

Es soll ausserhalb der Budgetdebatte geprüft und diskutiert werden, ob der Bach statt wiedereingedolt (Absicht Stadtrat) neu offen geführt werden kann und so in einem weiteren Abschnitt naturnah wird. Deshalb beantragt eine RPK-Mehrheit einen Sperrvermerk für dieses Investitionsvorhaben.



INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
573.5060.00	Ersatz Dekanter	0	300'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Dekaners konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

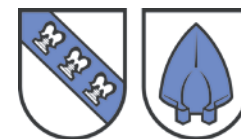


INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	0	600'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Meteorkanals konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

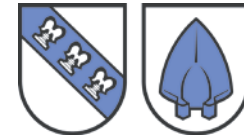


LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	920'000	1'270'000

BEGRÜNDUNG:

Da im Voranschlag 2017 mit einem Ertragsüberschuss zu rechnen ist, beantragt eine RPK-Mehrheit eine zusätzliche Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen im Umfange von einem Steuerprozent (1 Steuerprozent = ~ Fr. 350'000.-). Die zusätzliche Abschreibung soll je hälftig beim Alters- und beim Sportzentrum vorgenommen werden. Diese beiden Grossinvestitionen hat die heutige Stimmbevölkerung beschlossen. Mit der zusätzlichen Abschreibung soll entsprechend die nächste Generation immerhin etwas finanziell entlastet werden.



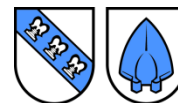
STEUERFUSS

MINDERHEITSANTRAG

Senkung auf 114 %

MEHRHEITSANTRAG

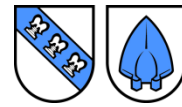
Beibehaltung 115 %
(analog Antrag Stadtrat)



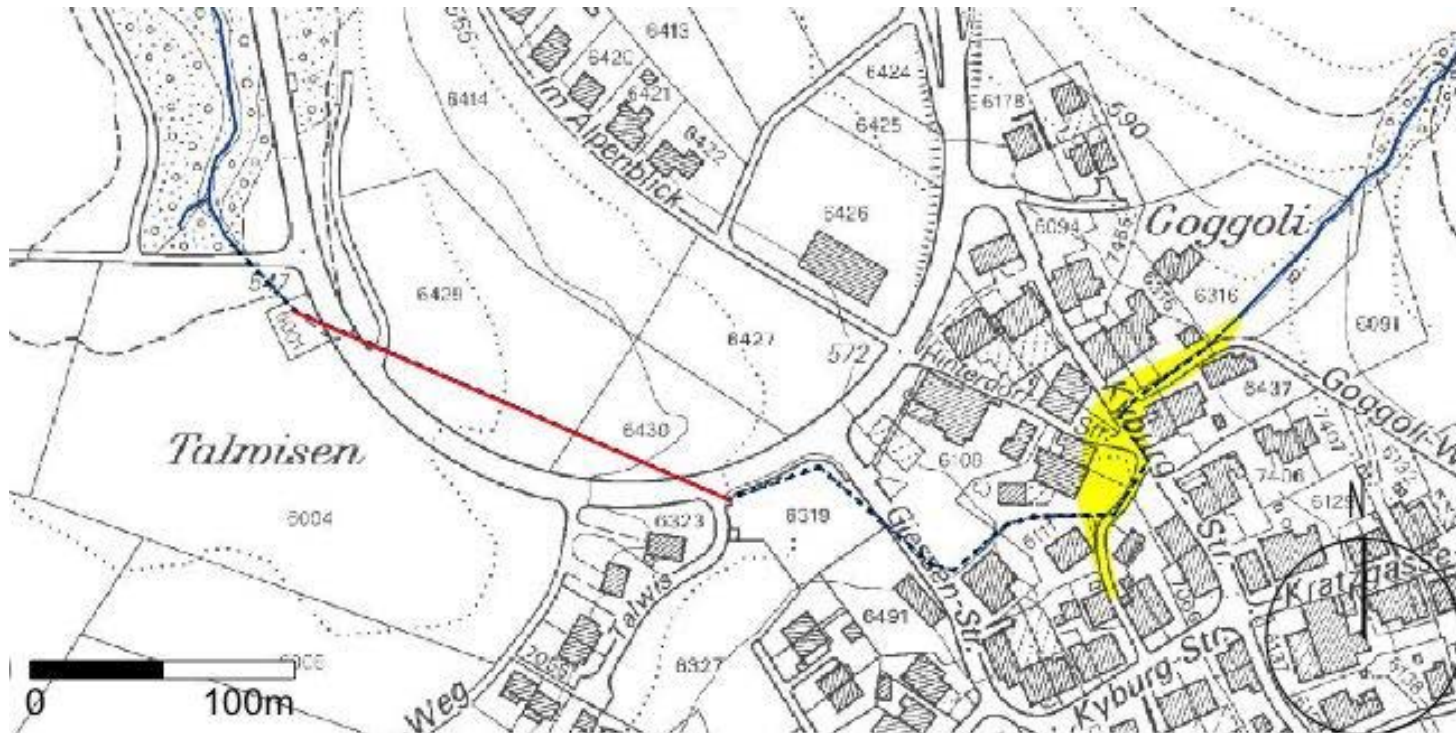
Konto-Nr. 950.3140.20 Unterhalt Fussballplätze

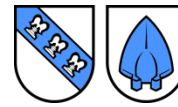
Jahr	Betrag Fr.
2014	62'512.70
2015	67'594.65
2016 VA	50'000.00
2017 VA	58'000.00

2017 zusätzlich Fussballtore und Netze für Fr. 8'000.00

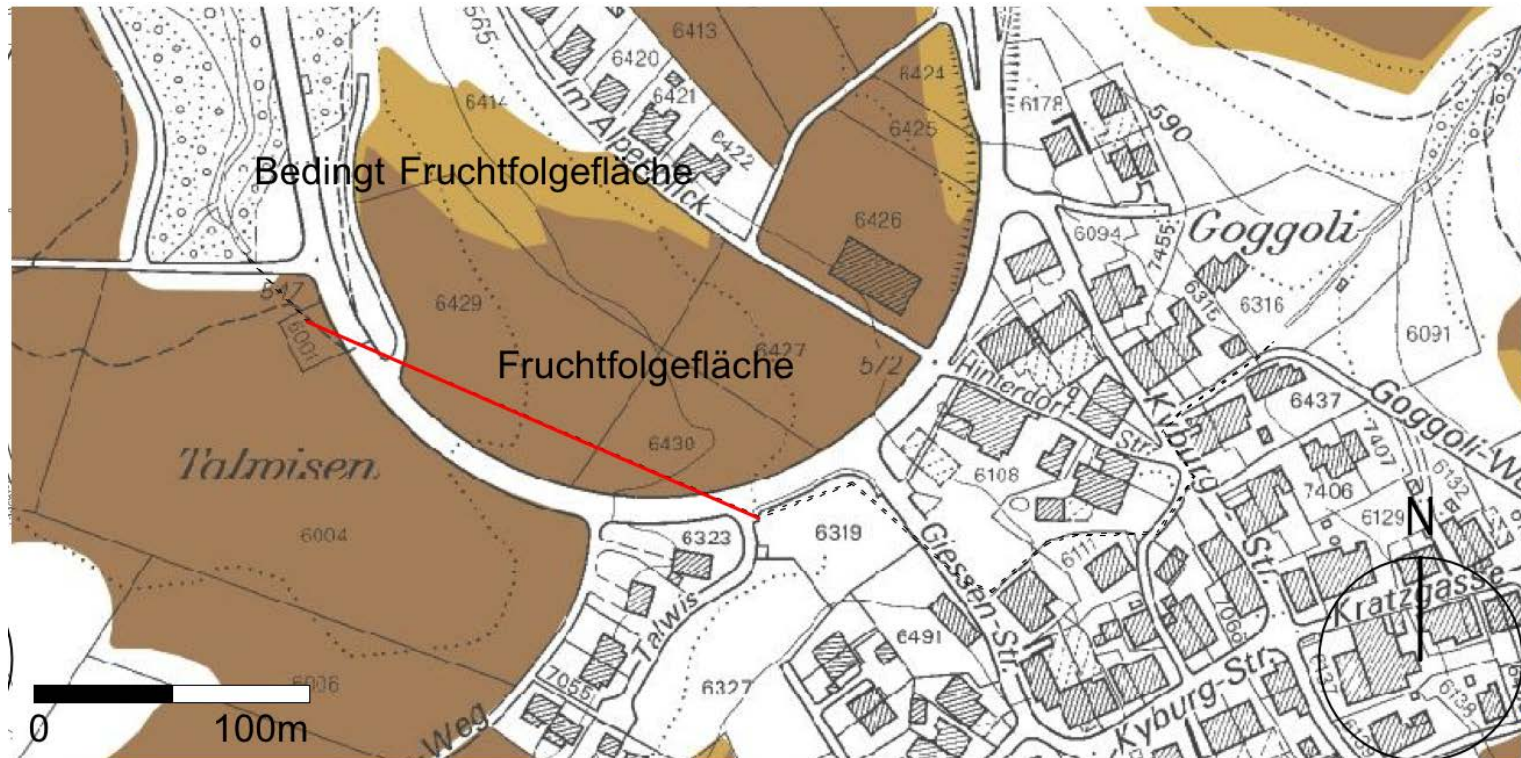


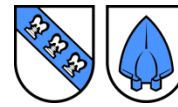
Konto-Nr. 571.5011.49 Neubau Eindolung Giessenbach



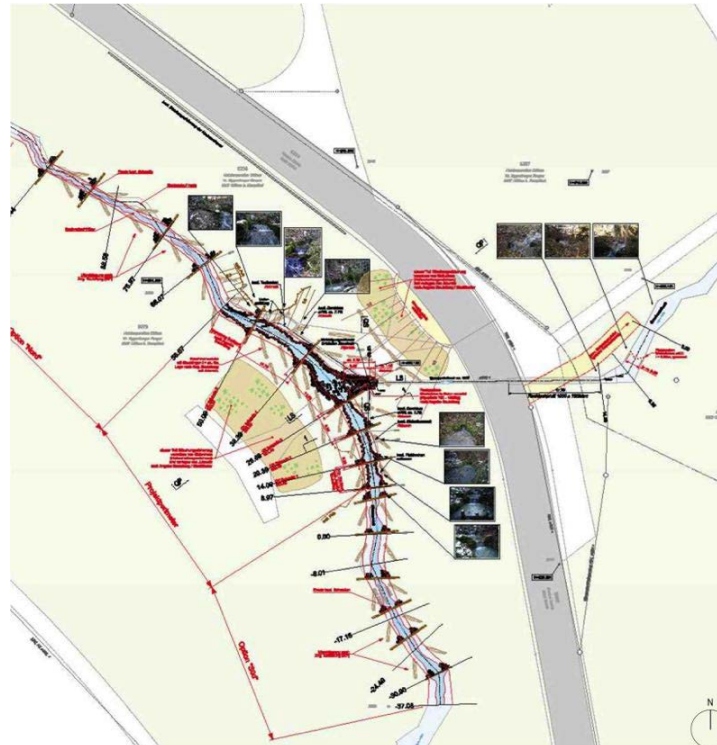


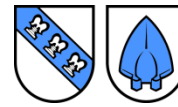
Konto-Nr. 571.5011.49 Neubau Eindolung Giessenbach





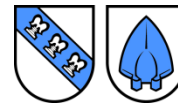
Konto-Nr. 571.5011.49 Neubau Eindolung Giessenbach





Konto-Nr. 571.5011.49 Neubau Eindolung Giessenbach





Konto-Nr. 571.5011.49 Neubau Eindolung Giessenbach

Das AWEL Amt Abfall, Wasser, Energie und Luft hat eine Ausnahmegewilligung im Sinne von Art. 38 GSchG Abs. 2 in Aussicht gestellt.

Projektions-Präsentation zu

Traktandum 3

**Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie
Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling – Beantwortung**
Votum Gemeinderat Arie Bruinink, GP



Empa

Materials Science and Technology

Zusammenfassung des Gesprächs mit Dr. Patrick Wäger und Dr. Michael Gasser Lab. Technologie & Gesellschaft, Empa

Zusammenfassung

-Hohe Verwertbarkeit.

- 60-67 % (kG) des gesammelten KUH Bag Materials ist potentiell stofflich verwertbar (ähnlich wie Karton) (KUH Bag Gemischtsammlung von Kunststoffen) (Empa, AfU Kt. Thurgau, Stiftung Zukunft Thurgau 11.5.2016);
- 70% in Sortierversuch Kt. Zug (Carbotech, 28.9.2016)

-Fortschritt in Sortiertechnik: Gross! (Carbotech, 28.9.2016)

-Geringere Umweltbelastung.

- Rund 50% Reduktion der Umweltbelastung vs. Verbrennung im KVA
- Sammeln macht ökologisch gesehen Sinn
(Amt für Umwelt Kt. Thurgau, 23.9.2015)



Zusammenfassung



-“Es braucht eine Gesamtschau zu Entsorgung und Recycling, bevor die Weichen für neue Finanzierungs- und Logistikmodalitäten gestellt werden.” (focus 6/16 Oktober Schweizerischer Städteverband)

-Studie läuft und Daten werden Mitte 2017 veröffentlicht.

Projekt **KuRVe** (Bund, 7 Kantone + Branchenverbände) zur Klärung des ökologischen Nutzens und Kosten von Kunststoffsammlungen (Umweltbüro Carbotech, Inst. Umwelttechnik UMTEC Hochschule Rapperswil)

Antrag:

-eine Neubewertung in 2 Jahre

Projektions-Präsentation zu

Traktandum 4

Interpellation Urs Gut, GP, und Arie Bruinink, GP, betreffend Anpassung der Tarife Sportzentrum Effretikon – Beantwortung; Schlussbehandlung

Votum Gemeinderat Arie Bruinink, GP



INTERPELLATION: ANPASSUNG DER TARIFE SPORTZENTRUM EFFRETIKON

ZUR FRAGE 1:

Welches Ziel wird mit der Erhöhung der Eintrittspreise verfolgt?

Die Preiserhöhung ergibt sich in Konsequenz der aus dem Sparpaket2017 applizierten Massnahmen. Der Stadtrat passte in der Folge die Eintrittspreise auf Beginn der Wintersaison 2016/2017 an.

ZUR FRAGE 2:

Welche finanziellen Auswirkungen werden erwartet?

-Die Tarifierhöhung umfasst durchschnittlich 10 %:

			Tarif 2017	Tarif 2016	Erhöhung
Dauerkarten	Freibad	Erwachsenen	90	80	12,5%
		Jugendlicher		60	50,0%
		Kinder	45	40	12,5%
	Eisbahn	Erwachsenen	145	120	20,8%
Jugendlicher			90	61,1%	
Kinder		65	60	8,3%	
10er Abo	Freibad	Erwachsenen	60	54	11,1%
		Jugendlicher		45	33,3%
		Kinder	30	27	11,1%
Einzeleintritt	Freibad	Erwachsenen	7	6	16,7%
		Jugendlicher		5	40,0%
		Kinder	4	3	33,3%
Tageskarte	Eisbahn	Erwachsenen	8	7	14,3%
		Jugendlicher		5	60,0%
		Kinder	4	3.5	14,3%
			Mittelwert		26,6%

-sie wird einen ungefähren Mehrertrag von Fr. 20'000.- generieren.....

Laufende Rechnung 2017

950.4340.00 Eintrittsgebühren Schwimmbad/Eisfeld

Ertrag (Voranschlag 2016)

250'000



ZUR FRAGE 3:

Welche Auswirkungen bezüglich der Anzahl von verkauften Tickets werden erwartet?

Der Stadtrat geht davon aus, dass sich aufgrund der Tarifierungsanpassung hinsichtlich Anzahl verkaufter Tickets keine grossen Veränderungen ergeben werden.

ZUR FRAGE 3:

Welche Auswirkungen bezüglich der Anzahl von verkauften Tickets werden erwartet?

Der Stadtrat geht davon aus, dass sich aufgrund der Tarifierungsanpassung hinsichtlich Anzahl verkaufter Tickets keine grossen Veränderungen ergeben werden.

ZUR FRAGE 4:

Aus welchen Überlegungen erfolgt die Auflösung der Tarife für Jugendliche?

Im Vergleich mit anderen Freibädern war das Sportzentrum Effretikon eine der letzten Anlagen, die noch über einen dezidierten Jugendtarif bis 24 Jahre verfügte.

Neu erstreckt sich der Kindertarif dafür in der Altersstufe von 6 bis 17 Jahren. Die Eintrittspreise für die 16- und 17-jährigen haben sich dadurch mit dem neuen Tarif deutlich reduziert.

Ab dem 18. Altersjahr wird der Erwachsenentarif verrechnet.

ZUR FRAGE 5:

Warum wurden Gratisseintritte für Kinder nicht eingeführt? Welche Auswirkungen hätte dies?

Kinder bis 6 Jahre bezahlen keinen Eintritt ins Freibad. In vergleichbaren Freibädern wird bereits heute ab 6 Jahren Eintritt erhoben. Falls Kinder bis 16 Jahre von einem Gratisseintritt profitieren würden, wäre mit jährlichen Mindererträgen von ungefähr Fr. 77'000.- zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass bei Einführung eines stufenlosen Gratisseintrittes für Kinder etwas höhere Besucherzahlen zu verzeichnen wären.

ZUR FRAGE 6:

Wurde die Einführung eines Tarifes für die Familien geprüft, beziehungsweise weshalb wurde keine Vergünstigung für Familien eingeführt?

Die Stadt Illnau-Effretikon beteiligt sich am Verbund „Sportpass“. Mit dem Jahressportpass (vgl. dazu das Angebot auf www.sportpass.ch) für Familien besteht ein kostengünstiges Produkt, mit welchem Familien mit einem Kind für Fr. 411.- das ganze Jahr über (Sommer (inkl. Minigolf) und Winter) das Sportzentrum und auch Angebote anderer Einrichtungen, welche dem Sportpass angeschlossen sind, frequentieren können. Weitere Familientarife wurden daher nicht in Betracht gezogen.

ZUR FRAGE 7:

Wurde die Einführung eines Tarifes für Einheimische geprüft, beziehungsweise weshalb wurde keine Vergünstigung für Einheimische eingeführt?

Die Einführung eines Einheimischen- respektive eines Auswärtigentarifs wird im Zusammenhang mit dem Sportpass derzeit geprüft.

Ich danke für die Aufmerksamkeit